

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 2,30 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 25 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 abonement: 2,30 Mark pro Quartal.
 Eingetragen in der Post-Zeitungs-
 Verzeichnisse für 1898 unter Nr. 7676.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühren
 beträgt für die sechsgehaltene Kolonne
 jeite oder deren Raum 40 Pf., für
 Vereins- und Versammlungs-Anzeigen,
 sowie Arbeitsmarkt 20 Pf. Inserate
 für die nächste Nummer müssen bis
 4 Uhr nachmittags in der Expedition
 abgegeben werden. Die Expedition
 ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends,
 an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr
 vormittags geöffnet.
 Verantwortl. Redakt.: Karl I., Nr. 1608.
 Telegramm-Adresse:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Sonnabend, den 24. Dezember 1898.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

Parteigenossinnen! Parteigenossen! Mitbürger!

Zu wenigen Tagen ist das Jahr 1898 abgelaufen und beginnt das letzte Jahr des neunzehnten Jahrhunderts. Wie in das Ende des vorigen Jahrhunderts so drängen sich auch in das Ende dieses Jahrhunderts wohlbezeugte Ereignisse zusammen. Damals war es das aufstrebende Bürgerthum, das den Kampf gegen die feindseligen Mächte des Adels und der Geistlichkeit führte. Heute ist es das um seine Befreiung ringende Proletariat, das den Kampf gegen das reaktionär gewordene, dem Kapitalismus verfallene, mit Adel und Geistlichkeit verbündete Bürgerthum zu führen hat.

Der Kampf zwischen Kapitalismus und Sozialismus beherrscht das ganze politische Leben, und in diesem Kampf steht der „Vorwärts“, das Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands in der vordersten Reihe.

Am 1. Januar beginnt ein neues Abonnement auf den „Vorwärts“.

Genossen und Genossinnen, wirkt nach Kräften für die weitere und immer weitere Verbreitung unseres Blattes.

Und auch die Nichtgenossen laden wir ein zum Abonnement auf unser Blatt, das jeder für die Politik sich überhaupt Interessirende und Aufklärung Wünschende zu lesen gezwungen ist, wenn er nicht einseitig werden will.

Die Zeit ist wunderbar bewegt und wichtige Ereignisse stehen uns bevor.

Am 10. Januar tritt der Reichstag wieder zusammen und beginnt, da er infolge der verspäteten Einberufung nur wenige Tage vor Weihnachten zusammen sein konnte, seine eigentliche Thätigkeit. Seine Verathungen und Entscheidungen werden von außergewöhnlicher Bedeutung sein, vielleicht von größerer Tragweite, als die irgend einer früheren Reichstags-Session seit Gründung des Reichs. Von der Haltung des im vorigen Sommer gewählten Reichstags hängt es ab, ob der Vorstoß der Reaktion gegen das Koalitionsrecht zurückgeschlagen wird, oder ob die geplanten Attentate auf die Freiheit, die Ehre und den Wohlstand des deutschen Volks gelingen werden. Hand in Hand mit dem Vorstoß der junkerlichen Reaktion geht der Versuch, den Militarismus und Marinismus, die schon heute eine schier unerträgliche, den wirtschaftlichen Aufschwung hemmende Last bilden, noch weiter zu kräftigen auf Kosten der Kulturaufgaben, die dem deutschen Volk obliegen.

Jeder deutsche Staatsbürger und auch jede Staatsbürgerin ist an den bevorstehenden Debatten aufs lebhafteste interessiert, und da kein Volk seine Lage zu heben vermag, wenn es nicht Antheil nimmt an der Politik und nicht sich aufklärt über alle schwebenden Fragen, so fordern wir alle unsere Genossinnen und Genossen auf, für die Verbreitung des „Vorwärts“ thätig zu sein, der über alle schwebenden Fragen Aufschluss giebt, insbesondere auch den Berliner Angelegenheiten seine Aufmerksamkeit zuwendet, über die Reichstags-Verhandlungen eingehend berichtet, die Reaktion auf allen Gebieten belämpft, und die Massen aufruft zum Kampf gegen die Reaktion.

In allen Abtheilungen des Blattes werden wir bemüht sein, den „Vorwärts“ stets zu verbessern. Zum Erfolg bedürfen wir jedoch der Unterstützung und Mitwirkung der Genossinnen und Genossen. Je höherem Maße uns diese Unterstützung und Mitwirkung wird, in desto höherem Maße kann und wird der „Vorwärts“ seine Schuldigkeit thun; und je größer die Verbreitung des Zentralorgans unserer Partei, desto größer seine Macht im Dienste der Partei.

Im Unterhaltungsblatt beginnen wir am 1. Januar 1899 mit dem Abdruck des Original-Romans:

Herrn Siskendrach's Pensionäre.

Von D. Eugen Hoffan.

Für Berlin nehmen sämtliche Zeitungs-Expediteure sowie unsere Expedition, Benthstr. 3, Bestellungen entgegen zum monatlichen Preise von

1 Mark 10 Pfennigen frei ins Haus.

Für außerhalb nehmen sämtliche Postanstalten Abonnements zum Preise von

3 Mark 30 Pfennigen

für die Monate Januar, Februar und März

entgegen. (Eingetragen ist der „Vorwärts“ in der Post-Zeitungsverzeichnisse für 1898 unter Nummer 7576.)

Genossinnen und Genossen! Die Verbreitung des „Vorwärts“ ist eure Pflicht gegen Euch selbst, ist eure Pflicht gegen die Partei.

Der „Vorwärts“ wird nach besten Kräften seine Schuldigkeit thun. Thut Ihr die Eure!

Die Redaktion des „Vorwärts“.

Der Anfang vom Ende.

Rom, den 19. Dezember 1898.

Die Symptome des politischen Lebens in Italien scheinen mir auf einen doppelten Anfang vom Ende hinzuweisen: einen in nächster Zeit für das Ministerium Pelloux — und den anderen in späterer Zeit für den ganzen politischen Bau, das Werk unserer glorreichen nationalen Revolution, der in dem Panamaskandal und in der militärischen, politischen Mißwirtschaft verfaulst ist.

Ein lateinisches Sprichwort sagt, daß Jupiter mit Wahnsinn schlägt, wen er verderben will. Die gegenwärtige Lage Italiens, mit den epileptischen Zuckungen von 1893—96 auf Sizilien und 1898 auf einem noch ausgedehnteren Gebiete, erinnert mich an die Verblendung des französischen Königthums am Vorabend der großen Revolution von 1789 — dasselbe Elend, derselbe Steuerdruck, dieselbe Ungerechtigkeit, dieselbe Geisteslosigkeit der herrschenden Mächte, dieselben sozialen Zieberschauer.

Rur einen Unterschied bemerke ich: nämlich daß Italien, ein durch wirtschaftliche Blutararmuth und eine zweitausendjährige Kultur entnervtes Land, sich nicht mehr aus eigener innerer Lebenskraft zu einem energischen Widerstand aufraffen kann; es gleicht vielmehr jenen chronischen Kranken, die fast immer Fieber haben, das jedoch keine sehr hohe Temperatur erreicht. Deshalb glaube ich auch, daß der zweite Anfang vom Ende, von dem ich sprach, wohl noch in fernerer Zukunft liegt — natürlich von dem Unerwarteten abgesehen, das ja stets ausgescheidend ist.

Was aber das Ministerium Pelloux anbelangt, so sehen wir schon jetzt an ihm die Vorzeichen des Todes.

Seit einem Jahrzehnt sind alle Ministerien Opfer des Wahns gewesen, daß durch Unterdrückung, nur durch Unterdrückung der moralischen Staatsbau zu retten sei. Das ist ebenso vernünftig, als wenn ein Arzt einen Hungernden mit immer kräftigeren Abführungsmittelet hellen wollte.

Unter dem Einfluß dieses blinden Gewaltthums hat man schließlich die schmerzhaftesten Wunden, an denen Italien leidet, vereitern lassen: die Kriminalität, die Volksunbildung, den rückständigen Ackerbau, die Malaria, das Oedland, die bedenkliche Auswanderung aus den Südprowinzen, die zugleich sinnlose und verbrecherische Kolonisation in Afrika, die Staatsschulden, die Militärbudgets etc.

Seit 1870 haben wir 6 Milliarden Franks für das Heer verpulvert; und doch versucht man täglich uns einzureden, daß die Armee von Grund aus umgestaltet sei! In der That sind auch die Niederlagen in Afrika ein schlagender Beweis hierfür, der durch das siegreiche Hinmorden wehrloser Bürger Mailands nicht widerlegt wird.

Für die Ariegsflotte haben wir seit 1870 zwei Milliarden Franks ins Wasser geworfen, und der spanisch-amerikanische Krieg hat das laute Geschrei der Marinechamrier entfesselt, die uns heute vorschwären, daß unsere Flotte nichts taugt und wir mit dem Bau einer Flotte von vorn anfangen müßten. Und das ganze Geschrei nur, damit wir noch weitere Milliarden mit demselben Erfolge vergeuden — wenn wir solche noch hätten.

Obwohl das Ministerium Pelloux sich „in der inneren Politik konservativ und in der Finanzpolitik liberal“ genannt hat, so wandelt es nur in den Bahnen seiner Vorgänger.

Die von ihm vorgeschlagenen Finanzreformen schrumpfen bei Licht betrachtet, zu einer erbärmlichen Nichtigkeit zusammen. Es handelt sich um einige geringfügige Erleichterungen in den städtischen Rezhölzen und in der Steuer auf das Mobilienvermögen, — Erleichterungen, deren Wirkung aber durch neue Steuern aufgehoben wird (auf Pianos, Streichhölzer, Gas, elektrisches Licht u. s. w.), denn die unproduktiven Ausgaben für die Militärbudgets und die hohe Bureaokratie, die man sogar dieser Tage noch um einige Zehnmillionen vermehrt hat, will man ja nicht herabsehen. Der Liberalismus dieser Finanzpolitik beschränkt sich also darauf, dem italienischen Volke zu sagen: anstatt Dir bloß am rechten Arm Ader zu lassen, will ich Dir von nun ab am rechten etwas weniger, dafür aber auch am linken Arm, der bisher verschont war, Blut abziehen.

Unter diesem Aderlaß hat jetzt nicht nur das Proletariat, sondern auch die kleine und mittlere Bourgeoisie zu leiden. Deshalb haben selbst die Konfessanten kürzlich bei den Wahlen zur Handelskammer soviel Stimmen für die verurtheilten sozialistischen und republikanischen Politiker abgegeben und in einigen Städten sie sogar durchgebracht, obwohl die Reaktionsäre den Verurtheilten Schuld geben, durch die Aufrände im vergangenen Mai den Handel ruiniert zu haben.

Und gerade dieses Elend, das vom Proletariat zum Bürgerthum aufsteigt, ist es, was dem Ministerium Pelloux den Tod bringt.

Die sozialistische Kammergruppe hat bei Verathung des Ackerbau-Budgets dieser Unzufriedenheit der kleinen und mittleren Bourgeoisie Ausdruck verliehen, indem sie die Abschaffung jedes Zolles auf Getreide beantragte und außerdem die Erhöhung des Ackerbau-Budgets auf 200 Millionen Franks (an stelle der kumpigen 12 Millionen wie bisher), die durch Abstrich vom Militär-Budget, das jetzt 400 Millionen verschlingt, aufzubringen wären.

Natürlich hat das Ministerium beide Anträge abgelehnt; aber die öffentliche Meinung steht auf unserer Seite.

Deshalb erlebten wir dieser Tage das politische Paradox, daß die sozialistische Fraktion die Regierung dazu drängte, die Mandate der Abgeordneten Turati und De Andreis für unpolitisch zu erklären, die unter Averkennung ihrer politischen Ehrenrechte vom Militärgericht verurtheilt wurden.

Das Strafgesetzbuch erklärt in absoluter Form, daß in solchen Fällen die Abgeordneten ihres Mandats sofort verlustig gehen. Trotzdem blieb das Ministerium stumm, und erst wir Sozialisten mußten es zwingen, daß es die Frage in Angriff nahm. Man hat sie einem Ausschuß überwiesen, um Zeit zu gewinnen; denn man fühlt, daß, wenn die Siege von Turati und De Andreis für erledigt erklärt werden, diese in Mailand mit großer Mehrheit wieder gewählt werden. Und diesem Schlag ins Gesicht der Militärgerichte, des Ministeriums und der Monarchie möchte man gerne entgegenen.

Andererseits läßt das Ministerium Pelloux jetzt durch seine Blätter erklären, daß es keinerlei Vertrauenskundgebung herbeiführen würde. Das ist die Fabel vom Fuchs und den Trauben. Da aber das Spiel zu offensichtlich ist, wird man wohl doch eine Abstimmung über das Budget des Innern oder auch des Ackerbauens zu irgend einer Komödie benutzen, um das afrikanische Alpbdrücken los zu werden, indem man dem Volk vorlügt, der fürchtbare Negus Menelik marschiere nicht gegen unsere italienische Kolonie, sondern gegen den rebellischen Ras Mangesse. (Ist inzwischen geschehen, und das Opfer der Kolonialpolitik gebracht. R. d. W.)

Judez hat Italien längst genug von Afrika und diese Frage läßt sich nicht wieder künstlich beleben. Man denkt wieder an die Frauen von Pavia (bei Mailand), welche nach der Niederlage von Abba Carima die Eisenbahnschienen auf-rissen, um zu verhindern, daß die Soldaten nach Afrika geschleppt wurden. Das ist die öffentliche Meinung, d. h. die überwältigende Mehrheit des Volks hat die Lösung der Sozialisten angenommen: „Für Afrika keinen Mann und keinen Groschen.“

Auf jeden Fall wird dem Ministerium, mag es ein Vertrauensvotum in der inneren reaktionären Politik (für diese findet sich in der Kammer stets eine Mehrheit; denn die Verachtung der rohen Gewalt besteht nicht nur in der Regierung, sondern auch in dem Künge! der Großgrundbesitzer, der Panamisten, der Bankiers und ihres Anhangs) oder mag es eine Zustimmungserklärung in der äußeren Politik (auf Areta) erhalten — auf jeden Fall wird ihm nichts damit geholfen sein. Alle Welt weiß, daß jetzt auf dem Gebiet der Finanzpolitik die Entscheidungsschlacht geschlagen und der General Pelloux besiegt werden wird, ohne die Hoffnung, daß ihm zuvor der König die Möglichkeit einer Kammerauflösung gegeben hat. Jetzt Neuwahlen ausschreiben, das würde trotz aller Uebergriffe der Polizei und der Regierung, um den Willen des Volkes zu unterdrücken, nur den zweiten Anfang des Endes beschleunigen, das nicht nur das Ministerium ereilt, sondern auch die Gesellschaft, die es stützt.

Mit anderen Worten, was auch immer während der beiden Wochen vor den Weihnachtsferien in der Kammer geschehen möge — das Ministerium eilt seinem Untergang entgegen, auch wenn man (wie 1896) durch wiederholte Beugnadigung nach und nach allen politischen Gefangenen die Freiheit giebt, um die wahrhaft großartige Bewegung einzudämmen, die, von den Arbeitern ausgehend die Kaufleute und Gemeindevertretungen ergriffen hat.

Die Lösung des Problems, Italien seine natürlichen Kräfte zurückzugeben, deren es noch einen unerschöpflichen Vorrath hat dank der Fruchtbarkeit seines Bodens, seiner geographischen Lage und der trefflichen Eigenschaften seiner Arbeiterbevölkerung, ist nur durch völlige Umkehrung der jetzigen Politik möglich.

Man muß den Muth haben, Italien zu einer „neutralen Macht“ zu erklären, wie Belgien und die Schweiz, indem man sich von jedem Bündniß zurückzieht, das uns erdrückende Lasten aufbürdet, ohne den geringsten Vortheil zu bringen. Bismarck hat ja in seinen kürzlich veröffentlichten „Erinnerungen“ offen gestanden, „daß der Dreibund aus dynastischen Interessen, um eine republikanische Ansteckung durch Frankreich zu verhindern, geschlossen worden sei.“

Bei einer solchen Neutralität könnte Italien jährlich 200 jetzt für Soldaten gebrauchte Millionen für den Ackerbau aufwenden, wie es die Sozialisten beantragten, könnte es die Korn- und Rezhölze anheben, die Steuern auf die niedrigsten Nahrungsmittel herabsetzen, die Schulbildung und den Wohlstand des Volkes heben — — — — — und damit die Daseinsfrist der italienischen Monarchie verlängern.

Einige intelligente Konservative sehen das auch wohl ein, aber sie haben nicht die Energie, in ihrem eigenen Interesse die verkehrte und verfahrenere Politik zu ändern. Sie leben in den Tag hinein, wie der Kaufmann, der weiß, daß er morgen oder übermorgen Bankrott macht, dabei aber ruhig „fortwurstelt“. Ja, Jupiter schlägt mit Blindheit, wen er verderben will, und wir Sozialisten schauen, zwar mit Bedauern für die augenblicklichen und noch zu überwindenden Leiden, aber mit frohlicher Hoffnung und festem Vertrauen in die unvermeidliche und gewiß glücklichere Zukunft, den Anfang vom Ende.
 Enrico Ferri.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 23. Dezember.

Das Ende der Anarchistenkonferenz.

Am Mittwoch ist sie „geschlossen“ worden, die schon in der ersten Stunde ihres Zusammentritts zerlegt und todt war. Eine traurigere Fehlgabe, einen kläglicheren Fehlschlag hat unsere Aera des delatenden Kapitalismus noch nicht gebracht. Es will eben nichts mehr gelingen. Das wogende Leben ist zu mächtig. Die Zeit der Wunder ist vorbei — das Tobte kann nicht mehr ins Leben gerufen, die Fäulnis nicht schöpfungskräftig gemacht werden. Der Thor, welcher mit Polizei, Fucht, ... und der Plinte, die schießt und dem Säbel, der haut, das Elend der Zeit heilen und in die anarchische Gesellschaft der Ausbeutung und Mordkultur Ordnung bringen will, steht auf gleicher Stufe wie der Inquisition- und Herenrichter des Mittelalters, der mit Daumschrauben und Scheiterhaufen das Uebel aus der Welt zu treiben vermeinte, und heute als der Typus lächerlichster Beschränktheit gilt. Das Glas der Anarchistenkonferenz war deshalb von Anfang an sicher. Und die Verantwortlichen wurden sich bald darüber klar. Es ist in der Geschichte doch ein Fortschritt zu verzeichnen. Während früher derartige Polizeikonventionen von den Völkern sehr ernst genommen und in den Zeitungen weitläufig besprochen wurden, hat die neueste Aufführung der alten Farce vom ersten Moment an nur Kopfschütteln und Gelächter hervorgerufen, bis sie unter dem Druck der Lächerlichkeit rasch geschlossen werden mußte. Ueber den Schluß der verunglückten Hanswurttiade meldet das — man denke halbhoftige — Wolffsche Telegraphenbureau:

Die die Blätter melden, verpflichteten sich die Delegierten zur Anti-Anarchistenkonferenz, welche gestern geschlossen wurde, auf Ehrenwort, nichts über die gefassten Resolutionen zu veröffentlichen. Man weiß nur, daß das Hauptprotokoll zwei Arten von Maßregeln aufweist, nämlich neue Verfügungen auf polizeilichem Gebiet, welche internationalen Charakter haben, und Spezialbestimmungen für jedes Land, welche den Gesetzen der betreffenden Länder angepaßt worden sind. — Die Blätter fügen hinzu, daß am Schluß der Konferenz alle auf die Verhandlungen der Konferenz bezüglichen Protokolle und Schriftstücke verbrannt wurden.

Wir gestehen: das Lesen dieses Telegramms hat uns eine moralische Befriedigung gegeben. Ein Igniter hat gesagt: „Die Scham ist zu den Hunden entflohen.“ Das ist falsch. Die Herren, welche sich in Rom zum Schweigen verpflichteten und die Akten verbrannten, sind der Gegenbeweis. Die Scham ist also doch noch bei — anderen Leuten.

Was vom Inhalt der verbrannten Protokolle gesagt wird, ist selbstverständlich Schwindel. Die Polizei hat in Rom nichts entdeckt und beschlossen, was sie nicht längst schon in Berlin, Wien und Petersburg entdeckt und beschlossen hätte. Und ein weiteres Gebot hatte die Anarchistenkonferenz nicht für ihre Wirksamkeit, sündemal England, Frankreich, die Schweiz und Amerika der Anarchistenpolizei von vornherein die Thür vor der Nase zugeschlagen hatten. —

Deutsches Reich.

Das Arbeitsprogramm des preussischen Landtags soll nach einer Information der „Adelichen Zeitung“ ein ziemlich reichhaltiges sein. Dem Blatt wird aus Berlin geschrieben:

In den Zeitungen finden wir Meldungen, daß der Landtag bei seinem Zusammentritt außer dem Staatshaushalts-Gesetze wenig Arbeit vorfinden werde. Das ist unrichtig, denn es ist bekannt, daß der Landtag vor allen Dingen noch in diesem Jahre die preussischen Einfuhrungsgesetze beschließen muß, die mit dem Inkrafttreten des Bürgerlichen Gesetzbuches und der dazu gehörigen Nebengesetze zusammenhängen. Die Gesetzeswerke sind im preussischen Justizministerium bereits seit mehreren Wochen abgeschlossen und werden sofort dem Landtage zugehen. Schon die Verabreichung dieser juristischen Gesetzeswerke enthält ein so reiches Arbeitsmaterial, daß eine mehrmonatige Dauer der bevorstehenden Tagung über Obrem hinaus mit großer Sicherheit anzunehmen ist. Dazu wird dann noch die große Kanalvorlage kommen. Die Vorarbeiten sind allerdings noch nicht soweit, daß eine sofortige Einbringung zu erwarten ist. — Für den Mittelstand haben zunächst noch die Stadt Berlin und die Provinz Sachsen die auf sie entfallenden Zuschüsse zu bewilligen, und ebenso hat noch der schlesische Provinzial-Landtag zu der Vorlage Stellung zu nehmen, die zur Verhinderung der Ueberschwemmungsgefahren in Ober-Sachsen vom Staatsministerium beschlossen worden ist. Aber alle Interessenten wissen, daß, wenn die Vorlagen nicht in dieser Tagung vom Landtage bewilligt werden, die größte Gefahr entsteht, daß diese gemeinnützigen Unternehmungen überhaupt nicht verwirklicht werden. Das gilt insbesondere für den Rhein-Doornum-Kanal, dessen Ausföhrung bereits jetzt durch das lange Högern der Regierung bedauerlich gelitten hat. Die agrarische Gegnerschaft gegen diese wichtigen Kanäle hat in keiner Weise nachgelassen; nur hat sie insoweit ein anderes Gesicht angenommen, als sie nicht mehr direkt gegen den Kanalbau Front macht, sondern in direkte Wege wandelt, um die Bewilligung der Ausföhrung zu durchkreuzen. Jedenfalls aber wissen wir, daß der Kaiser in der vollen Erkenntnis und Würdigung des allgemeinen Nutzens dieser Kanalbauten der unermüdlichste Förderer der Ausföhrung ist, und so hoffen wir, daß es ihm gelingen wird, auch die agrarischen Lieblinge in der Staatsregierung zu einer nachbühlichen Verfechtung dieser großen gemeinnützigen Verkehrsbauten zu bestimmen.

Recht interessant ist die Mitteilung über die von den Agrariern beschrittenen Schleichwege. Es ist das ihr altes Rezept, was sie nicht im offenen politischen Kampf erreichen können, durch höfliche Intrigen zu erreichen. Ob es unter diesen Umständen dem Kaiser gelingen wird, die „agrarischen Lieblinge“ in der Regierung zu einer Bekämpfung der agrarischen Interessenpolitik zu bewegen, bleibt abzuwarten. —

Eine Entschädigung für die Richter soll in der nächsten Session des Landtags beantragt werden, die ihres Alters wegen nicht mehr im Stande sind, sich mit dem im Jahre 1900 in Kraft tretenden neuen Bürgerlichen Gesetzbuche vertraut zu machen, und daher gezwungen sein werden, ihren Abschied zu nehmen. Die Altersgrenze soll auf das 70. Lebensjahr festgesetzt werden. —

Die Ausweisungen im Abgeordnetenhaus. Die „Berliner Politischen Nachrichten“ läudigen an, daß die Regierung nicht eine Interpellation aus der Mitte des Abgeordnetenhauses abwarten, sondern die erste sich darbietende Gelegenheit ergreifen werde, sich über die Gründe und Verhältnisse, welche den Anstoß zu dem schärferen Vorgehen in Nord-Schleswig geben mußten, auszusprechen. Es erscheint nicht ausgeschlossen, daß der Finanzminister, welcher in seiner Stellung als Vizepräsident des Staatsministeriums bei Vorlegung des Etats auch Fragen allgemeiner Politik zu berühren pflegt, bei diesem Anlasse auch der Ausweisungen aus Nord-Schleswig gedenkt.

Die Regierung sühlt sich ihrer Sache im Dreiklassen-Wahlrechts-Abgeordnetenhaus sicherer als im Reichstag, wo sie auf die schärfsten Angriffe gegen Herrn v. Köller's Korpsstudenten-Politik keinerlei Abwehr vermag.

Die Bewegung gegen die Großmagazine. Die Ausnahmestener auf den Umsatz der großen Waarenhäuser ist der jetzt zug-

kräftigste Köder der Konservativen und Antisemiten zum Einfallen des „Mittelstandes“. Die „Kreuz-Zeitung“ bringt heute wieder einen Artikel, der lebhaft für eine solche „Erdrosselungssteuer“ eintritt; die Gegner dieser Steuerpolitik werden als „politische Freunde des Großmagazins“ und „Fiskalweissen“ verächtlich und ihre Güter als „Sündenbögen“ bezeichnet. Und gleich darauf muß die arme „Kreuz-Zeitung“ eine lange Zuschrift aus ihren Kreisleserkreisen — freilich, wie das Blatt sagt, von „Interessierter“ Seite, aber im anständigsten Sinne des Wortes — abdrucken, die alle ihre eigenen Argumente zu nichte macht. Diese Zuschrift ist interessant genug, daß wir einiges daraus wiedergeben müssen. Wir bemerken dazu, daß die Redaktion der „Kreuz-Zeitung“ auch rein gar nichts gegen den gewöhnlich nicht gern gesehenen Fiskalweissen — ist es vielleicht einer der großen Insekten des Blattes? — zu sagen weiß. Derselbe schreibt:

„Große tolle Geschäfte, die durch Fleiß, Intelligenz und Neclität aus kleinen Anfängen hervorgegangen und zum Weltrauf gelangt sind, verschwinden. Hiermit aber werden viele Hunderte, ja Tausende in starrer, sorgloser Existenz lebende Angestellte brotlos. Berlin verliert an weltstädtischem Charakter, den ihm derartig große Waarenhäuser — wir erinnern an Firmen wie Herzog, Verjon, Jordan u. a. — verliehen und der Fremde, der gewohnt war, diese zum Theil zu den Lebenswichtigkeiten der Residenz gehörenden Paläste zu besuchen und viele Hunderte dort auszugeben, reißt weiter und trägt sein Geld nach Paris oder anders wohin. Den Leinen Kaufmann, den man schätzen will, wird er nicht aufsuchen! Und schließlich das Anstalts, speziell Paris, das durch die Nüchternheit großer Berliner Welthäuser aus Deutschland bedrängt ist, wird, wie bis in die achtziger Jahre hinein, Deutschland wieder mit seinen Katalogen überfluten, und der Von Marché, Louvre, Printemps und tutti quanti werden das gute deutsche Geld, wie früher, wieder nach Frankreich ziehen. Aber auch die Industrie würde durch das Eingehen der Weltgeschäfte enorm geschädigt; denn ihre Anregungen und Ideen erhält sie von den Letzteren derartig reichlich, die auf einer höheren Ebene stehen und einen weiteren Geschäftskreis haben, als der kleine Kaufmann. Man frage nur jeden Fabrikanten, wie wichtig ihm derartige Anregungen sind; man frage ihn, wie wichtig es für ihn ist, von großen Häusern geschlossene große Aufträge zu erhalten. Eine Order von 10 kleinen Häusern schafft ihm lange nicht den Vortheil einer gleich großen Order eines Welthauses, wenn er auch hierfür billigere Preise stellt; denn er kann anders in der Fabrik disponieren, die Arbeiter in der stillen Zeit beschäftigen, große Materialabfälle machen u. dgl. Daß eine allgemeine enorme Preissteigerung aller Artikel dem Eingehen der Welthäuser, dieser großen Preisregulatoren, sofort folgen würde, ist selbstverständlich; die Kosten hätte das große Publikum zu tragen.

Das alles würde geschehen, um den kleinen Kaufmann zu schützen. Wird man diesen Schutz aber durch solche exorbitante Maßregeln erreichen? Wir sträuben nicht. Der Schaden ist nachweisbar, der eventuelle Nutzen mehr als zweifelhaft. Zu den jetzt schlechten Geschäften machenden, kleinen Handelstreibenden würde sich das große Heer der Entlassenen gesellen und die Schaar der Unzufriedenen vermehren. Und haben denn die kleinen Handelstreibenden von den großen, reell geföhrten Geschäften — wir sprechen immer nur von solchen — wirklich den großen Noththeil? Haben sie ihn nicht vielmehr von den Mittel-Geschäften, die einen Umsatz bis zu 200 000 M. machen und durch die neue Steuer nicht getroffen werden sollen? Wer in einem großen Geschäft kaufen will, kauft nicht beim kleinen Mann, der ihm nicht die Auswahl, den Komfort u. s. w. bietet. Wohl aber wird jemand, der im oben erwähnten Mittelgeschäft kauft, unter Umständen auch ein kleines Geschäft besuchen. Gerade derartige Mittelgeschäfte sind die Hauptkonkurrenz für den sogenannten kleinen Handelstreibenden, umso mehr, als jene ähnlich den Panikabzogen häufig rüchtheloses in der Wahl der Konsumgegenstände sind. Nur derartigen Geschäften würde das Verschwinden der Welthäuser, die vornehm jeden unläuteren Wettbewerb verdrängen, Nutzen bringen, nicht aber dem kleinen Kaufmann.“

Wichtige Entscheidungen. Die Donnerstag unter dem Vorsitz Miquel's abgehaltene Sitzung des Staatsministeriums dauerte von 2 bis 7 1/2 Uhr. Um 5 Uhr erliefen erwarteter der Kaiser und nahm etwa 2 Stunden an den Beratungen theil. Wie das frühere Schwarz-Organ erzählt, hat es sich um die Entscheidung über wichtige innerpolitische Fragen Preußens gehandelt, die bereits den Inhalt des Vortrages bildeten, den vor einigen Tagen der Finanzminister Miquel dem Kaiser im Potsdamer Stadtschloß gehalten hat. — Denkt die „Staatsbürger-Zeitung“ bei dieser Ankündigung an die Feststellung der Ordensverleihungen? —

Geheime Aktenstücke und die Bestrafung ihres Veröffentlichung. Wie wir es voraussetzen, regt es sich jetzt bereits in der ganz regierungsfremden bürgerlichen Presse, um gegen den von einer Reihe konservativer Abgeordneter gestellten Antrag Front zu machen, nach dem der Abdruck „geheimer Aktenstücke“ mit bis zu drei Monaten Gefängnis bestraft werden soll. Diese Gesetzesbestimmung würde nämlich der bürgerlichen Presse weit unangenehmer sein, als der sozialdemokratischen. Daraus erklärt es sich, daß zum Beispiel ein ganz reaktionäres Blatt, wie die „Berliner Neuesten Nachrichten“, sich in folgender Weise gegen die beantragte Strafbestimmung ausspricht:

„Bei der heutigen Organisation des politischen Nachrichtenwesens ist es für den Redakteur, der für die Veröffentlichung in seiner Zeitung verantwortlich ist, in vielen Fällen gar nicht möglich, zu erkennen, ob eine Mittheilung einem geheimen Schriftstück entstammt oder ein solches darstellt. Vielmehr ist es kein bloßer Zufall, daß unter den Unterschritten des konservativen Antrages diejenige des Abg. Kropatschek, des Chefredakteurs der „Kreuz-Zeitung“, steht. Er dürfte in der That nicht ohne Bedenken sein gegenüber einer Maßregel, deren lähmende Wirkung auch auf die anständigste und staatsfreie Presse nicht abzugehen ist. Und gegenüber dem Schaden, der nach dieser Richtung hin der notwendigen Pressefreiheit und damit dem öffentlichen Leben zugefügt werden könnte, würde der auf der anderen Seite zu erwartende Nutzen ein sehr problematischer sein; denn in der Schweiz, in Oesterreich und anderwärts stehen der deutschen Sozialdemokratie Verbreitungsorgane genug zur Verfügung, in denen sie die dabeim verbottene Veröffentlichung von „Geheimnissen“ vornehmen kann. Wir glauben deshalb, man sollte lieber die Geheimhaltung amtlicher Aktenstücke — betreffs derjenigen des auswärtigen und des militärischen Dienstes bestehen belanntlich Strafbestimmungen — auf das absolut unvermeidliche Maß beschränken, dann aber im eigenen Dienstbetriebe des Reiches wie der Einzelstaaten strenger auf Ordnung und Zuverlässigkeit halten.“

Und dazu kommt noch, daß große bürgerliche Zeitungen ihren Hauptgeschäftskreis darin erblicken, Gesetzesvorlagen zu veröffentlichen, bevor sie noch amtlich publiziert worden sind. Da nach offiziöser Mittheilung auch dieses vorzeitige Veröffentlichungen unter die Strafbestimmungen fiele, so würde auch unter diesem Gesichtswinkel die Annahme des konservativen Antrages der bürgerlichen Publizität sehr verhängnisvoll sein. —

Die „Völkische Zeitung“ widmet dem Gegenstand noch die folgenden zutreffenden Betrachtungen: „Wer ist eigentlich der Wisselbater? Die Zeitung, die Zusätze aus dem Haushalt veröffentlicht, oder der Minister, der sie ihr zugänglich gemacht hat? Will Graf Kuno von Helldorf etwa ein Gesetz gegen die Minister machen? Freilich wird hier oder dort erwidert werden, es sei ganz unmöglich, daß ein Minister amtliche Schriftstücke verleihe. Das ist auch richtig. Vorbehaltend wird er sie nicht. Aber daß Minister gute Freunde in der Presse, von denen sie vielleicht Gefälligkeiten empfangen haben oder Dienste erwarten oder erkönnen, mit Nachrichten und Entwürfen zu belohnen suchen, wo eine Belohnung in Geld ausgeschlossen ist, das soll nicht gerade neu und unerhört sein. Es hat auch Gegentheile gegeben, die gar keinen Anstand nahmen, einzelnen

Mitgliedern der Presse, ohne irgendwelche Dienste von ihnen zu erwarten, alle möglichen Dinge mitzutheilen, sofern sie eine Nothwendigkeit der Geheimhaltung nicht anerkannten. Und über die Möglichkeit und Nothwendigkeit der Geheimhaltung können die Ansichten auch im Bundesrath weit auseinandergehen.“

Unsterblichkeit der Seele — grober Unfug. Ein ganz erlesenes Stück sächsischer Justiz wird aus Leipzig gemeldet:

Am 10. Juli d. J. wurde in einem Dorfe bei Mügeln der Vater des Steinmeyers August Adolf B. aus Roswig verhaftet. Die Verhaftungen bestanden aus drei Personen, außerdem waren der Pastor, der Kantor, die Träger und etwa zehn Schulkindern anwesend. Die Kinder sangen ein Kirchenlied und der Pastor besang eine Bibelstelle zu einer kurzen Rede. Nachdem der Pastor, der Kantor und die Kinder sich schon ein Stück entfernt hatten, trat B. an das Grab und sprach: „Leb' wohl, in diesem Leben sehen wir uns nicht wieder!“ Durch diese Aeußerung soll B. großen Unfug verübt haben. Das Schöffengericht Mügeln fand den großen Unfug darin, daß er die Worte mit lauter Stimme gesagt, dadurch die anderen in ihren religiösen Empfindungen verletzt und im Gegensatz zur kirchlichen Lehre von der Unsterblichkeit der Seele zum Ausdruck gebracht habe, es gebe kein Wiedersehen. B. wurde deshalb zu 14 Tagen Haft verurtheilt. Seine hiergegen eingelegte Berufung wurde unter gleicher Begründung vom Landgericht verworfen.

Der Satz, den B. sprach, ist in Wahrheit nur eine Anerkennung der Unsterblichkeitslehre; und die Persönlichkeit, die an diesem Bekenntniß — bis zu der Intention des Groben-Unfugs — Gefährdung genommen hat, muß entweder eine arge Frechheit oder ein Spitzthum sein, denn es ist nicht möglich, wenn behauptet wird, daß man einen Todten in diese Welt nicht wiedersehen, sündemal er doch wenigstens als Abspiegel sich zu manifestiren pflegt. —

Triumph des Monarchismus. Die „Post“ hat die Lehren des Dresdener Handels erlautet, indem sie schreibt:

„Deshalb sind im Grunde diese ganzen Vorgänge in Frankreich ein Triumph des monarchischen Gedankens. Hundert Jahre nach der Revolution, die einst prählte, ihren Siegeszug über die ganze Erde zu halten und die Throne der Fürsten umzuwälzen, steht heute die monarchische Gewalt, im mittleren Europa vor allem, fester und stärker da, als je.“

Die „Post“ hat so unrecht nicht, wenn sie in der Revolte des Militarismus und in der Maske des Generalstabes einen Triumph des in Frankreich noch vorhandenen, wenn auch dort anders firmirten monarchischen Gedankens erblickt. —

Die deutsche Arbeiterversicherung auf der Pariser Weltausstellung. Am 10. d. M. hat im Reichs-Ver sicherungsamt eine Beratung von Vertretern der Berufsvereinigungen, Invaliditäts- und Altersversicherungs-Vereinigungen und Krankenkassen über die Be-theiligung der deutschen Arbeiterversicherung auf der Pariser Weltausstellung stattgefunden. Das Ergebnis dieser Beratung war, wie mitgetheilt wird, ein wenig günstiges. Demnach eine endgültige Beschlußfassung auch noch hinausgeschoben wurde, so war doch die überwiegende Mehrzahl der Anwesenden einer Beschickung der Ausstellung um desto williger abgeneigt, weil der in Paris zur Verfügung gestellte Raum ein so beschränkter ist, daß eine würdige und einheitliche Darstellung der Leistungen Deutschlands auf dem Gebiete der obligatorischen Arbeiterversicherung ausgeschlossen erscheint. —

Ueber den Widerstand, den die früher Bismarckschen „Hamburger Nachrichten“ der Sozialdemokratie anhängen und mit dem sie die Nothwendigkeit des Justizgesetzbuches begründen wollen, theilt das „Hamburger Echo“ das folgende mit:

„Robat hat mit der Sozialdemokratie nicht das geringste gemein gehabt. Er hat beim Kaiserarbeiter-Streit nicht gearbeitet, aber auch vor und nach demselben häufig gefeiert. Streikunterstützung hat er nicht erhalten. Er ist schließlich wegen Veröhung, Röhigung und Mißhandlung bestraft worden.“

Wir bemitleiden die haarschaltenden Herren in den Schreibstuben der reaktionären Zeitungen aufrichtig wegen ihres Bochs. —

Aus Sachsen wird uns berichtet: Die Neu-Organisation der sächsischen Staatseisenbahn-Verwaltung, welche am 1. Januar 1899 in Funktion tritt, enthält unter anderem eine tiefenschnidende Aenderung. In Zukunft erhält nämlich die Eisenbahnbehörde die Nachtbefugniß, selbständig Strafen über das gegen die Verkehrsorganen der Staatsbahnen verstoßende Publikum verhängen zu können. Während bis jetzt nur die Polizeibehörde das Recht hatte, nach erfolgter Anzeige Strafverfügungen zu erlassen und Strafen festzusetzen, geht nunmehr dieses Recht an die Eisenbahndirektion über. Sie können Geldstrafen bis 100 M. und Haftstrafen bis zu 14 Tagen verhängen. Die Betriebsdirektionen dürfen deshalb die Vernehmung von Beschuldigten und Zeugen und Sachverständigen vornehmen, bez. Amtsgerichte und Behörden dazu veranlassen. Ueber Gesuche, welche sich auf ein derart eingeleitetes oder zum Abschluß gebrachtes „Strafverfahren“ beziehen, entscheidet die Generaldirektion. —

Aus Baden. (Vg. Ver.) Die Pfarrdotations-Kommission der zweiten badischen Kammer vertrat am Dienstag ihre Verhandlungen in den Januar, ohne die Ansicht der Regierung über ihre Stellung zu der abgeänderten Vorlage gehört zu haben. Der Vertreter der sozialdemokratischen Fraktion in der Dotationskommission nimmt in der gemeinsamen Angelegenheit den grundsätzlichen Standpunkt ein, daß der niederen Geistlichkeit, die mitunter ein trauriges Ein- und Auskommen hat, eine Verbesserung der Lage gleich den Proletarden im Probenienste des Kapitals zu gedenken ist; allein die Mittel dazu sollen nicht aus den Taschen der Staatsbürger, d. h. aus der Staatskasse, sondern durch die Angehörigen der bisweilen sehr reichen Kirchengemeinschaften selber (bezgl. durch Kirchensteuer) aufgebracht werden. Mit neun gegen sechs Stimmen wurde in der Kommission die Vorlage der Regierung, welche bei dieser Dotierung die katholische und die protestantische Kirche gleichartig und zwar mit je 250 000 M. Gehaltszuschuß bebaht hatte, dahin abgeändert, daß dem katholischen Theil jährlich 350 000, dem evangelischen protestantischen Theil 275 000 Mark zugewendet werden soll. Ein zweiter Antrag, einem jeden Theil 300 000 M. zu gewähren, blieb in der Minorität. Die Regierung soll ihre Stellung zu beiden Anträgen noch kundgeben, wenn sie über die finanzielle Tragweite der Anträge Berechnungen angestellt hat. Sie hatte im § 6 bestimmt:

Von den Pfarren der katholischen Kirche werden:
a) diejenigen, welche 1800 M. aber weniger als 2200 M. abwerfen und die in den Amtsstädten auf 2200 M.
b) diejenigen, welche unter 1800 M. abwerfen, auf 1800 M. aufgebessert. Die Aufbesserung wird nur bei besetzter Pfarre an den Pfandinhaber (ohne Rücksicht auf deren Dienstinhaber) geleistet.

Die Kommission hat unter der Resuktion, daß das Dienstalter vom Tage der Priesterweihe zu rechnen ist, eine dreitheilige Scala festgelegt:

a) Katholische Pfarrer, deren Pfründen unter 1800 M. abwerfen, erhalten bei einem Dienstalter bis zu 10 Jahren eine Aufbesserung bis zu 1800 M.
b) Diejenigen Pfänder zwischen 1800 und 2200 M., sowie solche, die durch den Staatszuschuß auf 1800 M. aufgebessert wurden, beziehen vom 11. bis 20. Dienstjahr eine Aufbesserung bis 2200 M.
c) Pfänder von 2200 bis 2600 M. und solche mit Staatsaufbesserung zu 2200 M. erhalten bei einem Dienstalter von 21 Jahren an eine Aufbesserung bis zu 2600 M.;
diejenigen Pfarrer, welche nach dem bisherigen Gesetz vor dem 1. Januar 1900 eine Aufbesserung bis auf 2200 M. bezogen haben, bleiben im Genuß derselben, auch wenn ihnen nach vorstehenden Bestimmungen solche noch nicht zulässig. Weiter wurde beantragt, einen etwaigen Ueberschuß zu Orts- und

Altenzugen an Pforter und Barzuren sowie zur Unterstützung an kranke Pforter für Haltung nicht gefesselter Säure zu verwenden. Den Strafparagrafen 13 sowie die §§ 5, 7, 14, 17, 18 und 19 zu streichen.

Die Mehrzahl der Kommission, darunter auch der demokratische Vertreter, ging von der Ansicht aus, daß auf katholischer Seite das Bedürfnis nach einem Staatszuschuß größer sei, als bei der protestantischen Kirche.

Schulehrer-Geld. Es wird uns geschrieben: In Preußen ist bekanntlich jederzeit Geld im Ueberflusse vorhanden, wenn es gilt, Kirchen, Kasernen und Justizhäuser zu bauen. Dessen mehr wird aber gekaufert bei Schulbauten und Besetzung der Jugendzieher. Die Lehrer auf dem Lande, insbesondere in den ostelbischen Provinzen, können davon ein Lied singen.

So amirt auf einem Gute im Kreise Allenstein (Ostpreußen) ein Landlehrer. Da das Schulhaus längst dem Jahre der Zeit zum Opfer gefallen ist, michte der Lehrer mit seiner Familie in einem Justizhaus obkuppelbarer Obkuppelung Unterkunft suchen. Diese jetzige Lehrerwohnung besteht aus einer niedrigen Stube mit einem Fenster und einer danebenliegenden kalten Kammer. Die Thüre ist so beschaffen, daß für die Ventilation der Wohnung reichlich gesorgt ist. Die Schulstube gleicht dieser Wohnstube. Der Gutsherr, der Schulpatron ist und zum Neubau eines Schulhauses verpflichtet wäre, denkt gar nicht daran, trotzdem er von der Behörde bereits wiederholt gemahnt ist. Nach dem Besoldungsplan stehen dem Lehrer 60 Raummeter Holz zu, welches die königl. Forst zu liefern hat. Der Gutsherr, der das Holz heranzu schaffen hätte, hat nun aber ausgerechnet, daß der gegenwärtige, oben bezeichnete Holz resp. Schulraum nur 27 Raummeter bedingen. Er zieht deshalb 33 Raummeter einfach für sich ein und stellt es dem Lehrer frei, wenn ihn beim obigen Holzpensum frieren sollte, sich das fehlende selbst aus dem Forst zu holen. Die matrikelmäßige Landbesetzung für den Lehrer läßt der Gutsherr sich auch nicht angelegen sein. Dazu muß sich der arme Pädagoge für theueres Geld Leute aus einem entfernten Dorfe nehmen, oder seine Schüler zum „Anschauungsunterricht“ aufs Feld hinausführen.

Die Landlehrer sind ja schon an etwas gewöhnt, doch diese Behandlung war dem schlichten Jugendzieher doch zu hart. Er klagte beim Kreisamtsrat und gewann auch den Prozeß. Doch der gestrenge Schulpatron hat gegen das Urtheil appellirt, so daß der arme Schulmeister im Winter, wenn die Fische kellen und der Schnee unter den Füßen knirscht, sich mit seinen Schülern nach dem Forst aufmachen kann, um das nötige Deputatholz herbeizufahren. Ist dieses ein einem Kulturstaat — und ein solcher will doch Preußen sein — würdiger Zustand? Der Staat hat den Lehrern ihren vollen, ausreichenden Unterhalt zu garantiren, hat selbst für brauchbare Wohn- und Schulräume zu sorgen und sie damit nicht zum Heil der Gnade der ostelbischen Junker auszufahren, die in Schulfragen sich von der Devise „die dümmsten Arbeiter sind die besten“ leiten lassen.

Ueber die Typhus-Epidemie in einem elsass-lothringischen Regim ent wird uns unterm 22. Dezember aus Straßburg berichtet:

Es verlautet, eine von Universitäts- und Militärärzten aus Straßburg angestellte Untersuchung über die Ursachen der seit mehreren Monaten im 15. Infanterie-Regiment zu Saarburg während der Typhus-Epidemie habe ergeben, daß der Krankheitsstoff in der dem Regiment gelieferten Milch zu suchen sei. Im Interesse der schwer heimgeleiteten Mannschaften wäre zu wünschen, daß auf Grund dieser Feststellung der bössartigen Ursache, der nun bereits über 20 junge Menschenleben zum Opfer gefallen sind, endlich Einhalt gethan werden könnte.

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse. Vor der Strafkammer I des Obersten Landgerichts hatte sich am Donnerstag der Hatzbergische Karl Snapperbusch aus Bamern wegen Majestätsbeleidigung zu verantworten. Am 4. November d. J. sah er mit Bekannten in einer Barmer Wirtschaft, als der ihm völlig fremde, betrunkene Zagehörer Jos. Deczella sich in seine Gesellschaft drängte und mit ihm ein Gespräch anknüpfte. D. brüstete sich viel damit, daß er bei der Kaiserl. Marine gedient habe, worauf S. erklärte: Was heißt hier kaiserlich? Unser Kaiser ist ein Mensch wie wir alle. D. und sein Freund, der dem Gespräch durch die Thüre zuhörte, behauptete nun, daß S. anknüpfend an diese Bemerkung über das Leitmotiv zur letzten Kaiserreise in Beziehung auf den Kaiser unsittliche Bemerkungen gemacht habe. Demgegenüber beides von der damals anwesende Weber Droste und die Wirthstochter, von einer solchen Keuschheit nichts zu wissen, dafür aber erklärten sie, sowohl daß D. betrunken war, so daß sein Wahrnehmungsvermögen nur ein mangelhaftes war, als auch daß die Thür, durch die D.'s Freund die Beleidigungen gehört haben will, geschlossen war. Nichtsdestoweniger wurde S. der Majestätsbeleidigung schuldig befunden und zu drei Monaten Gefängniß verurtheilt.

Wegen einer Majestätsbeleidigung während eines Gesprächs im engsten Familienkreise ist in Plegniß die Frau des Stellenbesizers Günther in Klein-Krauschen, Kreis Dumlau, zu drei Monaten Gefängniß verurtheilt worden. Es handelt sich nach der „Dresd. Morgenztg.“ um eine Keuschheit, welche die Angeklagte im Familienkreise gethan haben soll, als das Aaiherpaar die Palästina-Reise unternahm. Es war damals bekanntlich auch von Attentatsversuchen in den Blättern die Rede, und beim Lesen dieser Nachrichten war dann der Angeklagten eine beleidigende Keuschheit entküpelt; so behauptete wenigstens ein sechzehn-jähriger Dienstknecht, der damals bei Günther's diente und der dann seine Dienstherren denunzirte. Da dieses Zeugniß in gewisser Beziehung durch das Dienstmädchen bestätigt wurde, so erachtete der Gerichtshof die Angeklagte, welche die Richtigkeit der Anklage bestritt, der Majestätsbeleidigung für überführt.

Mit Bezug auf den Bericht über die Leipziger „Simpli-zissimus“-Verhandlung schreibt L. Heine verächtlich: „Der Vorschlag, den Druck von Leipzig nach München zu verlegen und die bayerischen Behörden durch Sammelholz zu gewinnen, findet sich nicht in einem Briefe von mir, sondern in einem Briefe, den Herr Langen von Jülich aus an die Redaktion nach München gerichtet hat.“

Gewissen-Fragebogen.

Die in den „unpolitischen“ Kriegervereinen gegenwärtig grassirende Gewissensschwäche wird durch folgenden Fragebogen illustirt, den wir hiermit der Oeffentlichkeit vorlegen:

Krieger-Verein Lankwitz.

Kamerad . . . wird hiermit aufgefordert, folgende Fragen und Erklärungen nach gutem Gewissen auszufüllen und zu unterschreiben
Der Vorstand
Edmund.

1. Vor- und Name
2. Geboren am den . . . 18 . . . zu
3. Kreis Regierungsbezirk
4. Jetziger Stand
5. Verheiratet Söhne Alter derselben Töchter
6. Wohnung Straße
7. In das Regiment Bataillon Abth. eingetreten am ten 18
8. Gedient bis den 18
9. Bei der Eskadron Kompagnie
10. Charge
11. Mitgenannte Feldzüge
12. An welchen Schlaechten und Besetzten theilgenommen
13. Orden und Ehrenzeichen
14. Dem Verein beigetreten am den 18
15. War Sozialdemokrat bis den 18
16. Ich erkläre hiermit an Eidesstatt, daß ich nicht Sozialdemokrat bin und der Sozialdemokratie nie beitreten werde.

Sollte dies dennoch geschehen, werde ich der Wahrheit die Ehre geben und den Vorstand des Krieger-Vereines zu Lankwitz von

meinem Entschlusse sofort in Kenntniß setzen. Die Statuten des Vereins habe ich gelesen und verstanden.

Lankwitz, den 1893
Unterschrift.

Bitte diesen Fragebogen zur nächsten Versammlung mitzubringen, oder vorher dem Schriftführer des Vereins Kamerad Schmidt II, Hauptstr. 9 einzuschicken. —

Die Dunkelkammer in Württemberg.

Wir besprechen bereits das Scheitern der Verfassungsrevision in Württemberg. Dazu schreibt uns noch unser Stuttgarter Korrespondent:

Die Verfassungsrevision in Württemberg, die seit den letzten Landtagswahlen 1893 das politische Leben des Schwabenlandes beherrschte und deren materieller Inhalt auch geeignet gewesen wäre, den Ruf des Landes „als eines Boulevard der Freiheit“ zu bestärken, ist in der Kammer der Abgeordneten gescheitert, nachdem sie bereits von der Ersten Kammer der Ständeherren in der Hauptsache sanktionirt worden war. In ihr wäre die alte Volksherrschaft der Entfernung der Privilegirten der Geburt und des Amtes aus der Zweiten Kammer und die Einführung der Proportionalwahlen für die als deren Ersatz dienenden Abgeordneten enthalten gewesen und selbst die Regierung trat mit allem Nachdruck für diese zeitgemäßen Verbesserungen ein. Aber Württemberg hat auch ein Centrum und dieses Centrum hatte es anders beschloffen. Diese Partei war zwar auch in die Wahlen gezogen mit entrolltem Banner, auf welchem die Forderung der reinen Volksherrschaft stand, aber sie wollte in erster Linie die feilherige katholische Mehrheit der beiden Kammern erhalten, es forderte als Gegenleistung verfassungsmäßige Freigabe der Niederlassung von Männerorden und verfassungsmäßige vollständige Unterordnung der Schule unter die Kirche, d. h. bei uns unter das Centrum. Und was die Hauptsache ist, das Centrum wollte das Eindringen der Sozialdemokratie in den Landtag verhindern. Die Thoren! Als ob das überhaupt noch zu verhindern wäre! Diese Angst vor der Sozialdemokratie — neben dem Streben nach Aufrechterhaltung ihrer Vorrechte — war es auch, welche die Privilegirten veranlaßte, gegen das Gesetz zu stimmen!

Drei volle lange Sitzungen, Montag, Dienstag und Mittwoch, währte der Todeskampf der Vorlage. Es ging in dem sonst so gemüthlichen Hallmondbaal recht heiß her. Der das Centrum vom Reichstag kennt, weiß, daß bei ihm Verunsicherung, Gemüthswohl, Patriotismus, Fortschritt unerschöpfliche Begriffe sind; daß die Herrschsucht, die das Pfaffenthum aller Zeiten und Länder befehle, dies konfessionelle Interesse der politischen Vertretung des verhassten Ultramontanismus die gemeinsame Richtschnur für alle Zweige des Centrums darstellt und hierdurch allein wurde die Haltung der Gruppen des Jesuiten von Niedlingen, Gröber, bestimmt, die im Verein mit den Privilegirten die 88 Stimmen bildeten, welche die nothwendige Zweidrittelmehrheit für das Gesetz verhinderten und so dasselbe erdroffelten.

Seit annähernd 80 Jahren währte die Verfassungskämpfe in Württemberg, noch nie ist ein Versuch einer Reform so weit gediehen wie diesmal, noch nie schien die Aussicht auf eine Einigung aller Faktoren so sicher wie diesmal und im letzten Augenblick betrug das Centrum das Volk um seine Hoffnungen!

Das Nebengescheh, die Änderungen zum Landtags-Wahlgesetz, die Einführung der Wahllokale, des Stimmraumes und die Verbesserung der Wahlzeit enthaltend, wurde in der Sitzung am Donnerstag in der Zweiten Kammer angenommen. Nicht viel besser wie bei dem Hauptgesetz zur Verfassungsreform steht es mit dem Schicksal der Geise zur Steuerreform. Es ist zwischen beiden Häusern in allen wesentlichen Punkten Uebereinstimmung erzielt, einen Differenzpunkt bildet der Artikel 17 des progressiven Einkommenssteuer-Gesetzes, also die Erste Kammer als unzulässige Bedingung verlangt, daß eine Erhöhung des Steuergesetzes nur auf dem Wege der ordentlichen Gesetzgebung, also nur unter Mitwirkung der Ersten Kammer beschloffen werden könne. Das würde die Freigabe eines feilherigen Reiches der Zweiten Kammer bedeuten. Jetzt stellte sich die Volkspartei und unser Genosse Klotz auf den Standpunkt zu sagen, wir werden in dem Augenblick ein altes Recht der Zweiten Kammer nicht an die Erste abtreten, wo man dem Volk ein nothwendiges neues Recht, die reine Volksherrschaft verweigert. Sie stimmten gegen den Artikel 17 und verhinderten so eine Zweidrittelmehrheit, so daß es bei dem früheren Beschluß der Zweiten Kammer bleibt. Bleibt nun die Erste Kammer ebenfalls auf ihrer Bedingung stehen, dann ist auch die Steuerreform gescheitert.

Man sieht, in Württemberg ist durch die Dunkelkammer-Bestrebungen des Centrums die ganze im Interesse des Volkes liegende Reformpolitik auf ein todttes Geleise geschoben und das nennt sich Volksherrschaft! —

Ausland.

Belgien.

Ein Konfurrenzuntersuchen gegen den Peterspennig. Den Führer der Christlich-Sozialen in Belgien, Abbe Daens, hat bekanntlich der Bischof von Gent vom Amte suspendirt, weil Daens sich weigerte, sich jeder politischen Thätigkeit zu enthalten. Um nun dem gemäßigtesten Geistlichen die Mittel zur Existenz zu gewähren, wird ein „Daenspennig“ erhoben, dem aus allen Schichten der Bevölkerung reichliche Beiträge zufließen. —

Frankreich.

Paris, 22. Dezember. (Fig. Ver.) Die Kammer hat eine Jollerhöhung auf Wein votirt. Bisher zahlten die ausländischen Weine 70 Centimes Zoll pro einen Alkoholgrad. Fortan werden alle Weine bis höchstens 12 Grad Alkoholgehalt mit einem einheitlichen festen Zoll von 12 Francs befallen. Die Jollerhöhung richtet sich namentlich gegen die schweren italienischen und spanischen Weine. Außerdem sehten die eragirten Schützölnner, trotz des Widerstandes selbst des zollfrommen Vorsitzenden der Jollkommission, das Verbot durch, die ausländischen Weine zu „schneiden“ (mit geringhaltigeren französischen Weinen zu mischen). Das bedeutet nun theil eine Prohibitivmaßregel gegen die italienische Weineinfuhr. Eine hitzige Vorbereitung zur Debatte über das franko-italienische Handelsabkommen!

Das neue Zollgesetz, das erste, aber nicht das letzte in der neuen Legislatur, wurde mit 477 gegen 55 Stimmen votirt. Das giebt einen Begriff von der Stärke der Schützölnner in der neuen Kammer. —

Die Linksradikalen haben endlich den Muth gefunden, die Antisemiten und Nationalisten aus ihrer Fraktion auszuschließen. Der einstimmig gefasste Beschluß ist damit begründet, daß die bezeichneten Richtungen unter dem Vorwand des Nationalismus oder Antisemitismus eine den republikanischen Grundgesetzen widersprechende Politik befolgen. Die Linksradikalen, die sich „sozialistische Radikale“ nennen, sind selber von demagogischen Anstößen keineswegs frei. Wenn sie nun trotzdem eine reinliche Scheidung zwischen ihrer Partei und den Antisemiten für nöthig gefunden haben, so ist das ein unabweisbarer Beweis für die Discreditirung der abgeleiteten Richtung. Andererseits muß die Richtung der Nationalisten und Antisemiten durch die Linksradikalen zum weiteren Verfall der ersteren führen. —

Das geheime Dossier soll nunmehr in den Besitz des Kassationshofes gelangt sein. Die Generalsab-Plätter drücken die Hoffnung aus, daß der Generalstab die Auslieferung des geheimen Dossiers an Madame Drehsus nicht zulassen werden.

Ueber den Brief Kaiser Wilhelm's, der angeblich im Dossier enthalten sein soll, schreibt die „Post“: „Schonmal bereits im die Hundertmal von deutscher Seite wiederholt worden ist, daß weder die deutsche Reichsregierung noch Preußen

irgendwie mit Drehsus in Verbindung gestanden, werden dennoch immer wieder die lächerlichsten Andeutungen aufgetischt, als ob das geheime Dossier höchst bedenkliche Papiere enthalte, die auf Deutschland und Sr. Majestät den Kaiser Bezug hätten und die gegebenenfalls geeignet wären, einen Krieg zwischen beiden Ländern herbeizuführen. Wir erklären deshalb noch einmal auf Grund bester Informationen, daß solche Papiere nicht existiren und niemals existirt haben, und wenn sich auf jene Dinge bezügliche Aktenstücke trotzdem vorfinden sollten, diese gefälscht sein müssen. Deutschland sieht deshalb den von den französischen Patrioten gefälschten „Entwicklungen“ mit der größten Seelenruhe entgegen.“

Zur Drehsus-Sache liegen ferner noch folgende Nachrichten vor: Das Brüsseler Blatt „Petit bleu“ kündigt das Erscheinen einer neuen Broschüre über die Drehsus-Affäre an. Der Verfasser will den Beweis erbringen, daß Eberhazy das Vorderran verfaßt habe und Mißverständnisse nicht vorhanden seien. Eberhazy soll alle Dokumente, die er an Oberst von Schwabzoppen weiterlieferte, aus der Militärbruderei von einem dort Angestellten erhalten haben, der in gutem Glauben gehandelt habe. —

Spanien.

Ueber die Zukunft der Karolinen wird der „Internationalen Korrespondenz“ aus Madrid „von gut unterrichteter Seite“ berichtet: Die Meldung der „Times“, die deutsche Regierung werde bei Spanien die kaufweise Ueberlassung einer Insel der Karolinengruppe zur Anlage einer Kohlenstation beantragen, kann als sehr ungläubwürdig bezeichnet werden. Die spanische Regierung hat die ihr wohlgefundenen Mächte schon vor mehreren Wochen darüber unterrichtet, daß sie die Abtretung einer Karolinensinsel an Nordamerika deswegen abgelehnt habe, weil dadurch alle übrigen Inseln der Gruppe politisch und wirtschaftlich werthlos würden. Diesen Grundsatze wird Spanien auch weiterhin festhalten, sobald bei einem etwaigen Verlauf stets die ganze Gruppe in Frage kommen würde. Indessen hat es augenblicklich, nachdem einmal die Inseln vor den Nordamerikanern gerettet sind, mit der Angelegenheit keine Eile, weshalb englische und amerikanische Blätter nicht sobald in der Lage sein werden, genaue Mittheilungen über das Ergebnis der etwaigen diesbezüglichen Verhandlungen zu veröffentlichen. —

Griechenland.

Paritätisches von der Insel Kreta. Der zum Gouverneur von Kreta ernannte Prinz Georg von Griechenland empfing nach einer Meldung der „Frankf. Zeitung“ bald nach seiner Ankunft den Bischof, den Kadi und den Rabbiner und besuchte die große Moschee.

Amerika.

Russische Anleihe in Amerika? Die „Times“ melden aus Philadelphia, in den Kreisen New-Yorker Bankiers spreche man neuerlich von einer beabsichtigten 3/4prozentigen russischen Anleihe von 90 Millionen Dollars. Wahrscheinlich werde dieselbe in New-York zu Stande kommen; der reichliche Vorrath und die Wohlfeilheit des Geldes in New-York begünstige die Verhandlungen. —

Parlamentarisches.

Das amtliche Reichstags-Handbuch für die 10. Legislaturperiode 1898—1903, geschmückt mit dem Porträt und Facsimile des früheren Präsidenten Prehn, v. Buel-Vergere, ist jetzt vom Reichstags-Bureau herausgegeben, in der Hausdruckerei des Reichstags gedruckt und an die Mitglieder des Bundesraths und des Reichstags amtlich vertheilt worden.

Das Handbuch enthält die Reichsverfassung und die Verfassungsverträge mit Anmerkungen, die Militärkonvention mit Württemberg, die Geschäftsordnung für den Reichstag, das Wahlgesetz nebst Reglemente sowie die Grundgesetze für die Reichsländer. Ferner enthält es einzelne Bestimmungen der Reichstagspräsidenten und die biographischen Notizen über die Mitglieder des Reichstags, das Fraktions-Verzeichniß, sowie eine Vorgeschichte des neuen Reichstagsgebäudes mit den Grundrissen desselben.

Ferner sind in übersichtlicher Weise wichtige Tabellen dem Handbuche in hergebrachter Weise beigelegt. Dieselben enthalten die Ausgaben und Einnahmen des Reiches in tabellarischer Form, eine besondere Uebersicht der Reichsbeiträge sowie eine solche, betreffend die Ueberschüsse an die Bundesstaaten vom Staatsjahre 1892/93 ab, die Erträge der Zölle und Verbrauchssteuern, gleichfalls in tabellarischer Form, und zwar: den Ertrag der Zölle im ganzen, die Einnahme vom Tabak, — vom Jucker im deutschen Zollgebiet, den Ertrag der Zuckergebühren, die Einnahme vom Branntwein im Branntweinsteuer-Gebiet, die Besteuerung des inländischen Branntweins sowie die Einnahme vom Bier im Brausteuer-Gebiet und in den einzelnen deutschen Steuergebieten vom Staatsjahre 1876/77 resp. 1871/72 ab.

Für die betheiligten Kreise wird das beliebte amtliche Handbuch, das insbesondere für die Parlamentarier unentbehrlich erscheint, eine willkommene Gabe sein.

Jahresbericht über Kamerun. Seitens der Kolonial-Abtheilung des Auswärtigen Amtes ist heute dem Reichstage der Jahresbericht über die Entwicklung des Schutzgebietes Kamerun im Jahre 1897/98 zugegangen. Dieser Jahresbericht bildet die Ergänzung der vor den Reichstagsferien im Reichstage erschienenen Denkschrift über die Entwicklung der deutschen Schutzgebiete, mit Ausnahme von Kamerun, im Jahre 1897/98, sowie über die Verwendung des Afrikafonds. —

Partei-Nachrichten.

Bei einer Besprechung des glänzenden Erfolges der Stadtverordnetenwahl in Offenbach a. M. hatte unser Oberfeld der Parteiorgan, die „Freie Presse“, gekührt, wenn sich die Verhältnisse in Offenbach so weiter entwickeln würden wie bisher, so siehe zu erwarten, daß diese Stadt in absehbarer Zeit ein ausschließlich sozialistisches Gemeinde-Kollegium erhalten werde.

Dazu bemerkt das „Offenbacher Abendblatt“ u. a.: Die Linie, die hier gezeichnet, wird allerdings die Wahrheit sein, auf der das Proletariat Offenbachs voranschreitet. Am oder sein Mißverhältniß aufkommen zu lassen, sei hier von vornherein erklärt: Es gelüftet uns nicht danach, unsere Gegner durch die Masse unserer Anhänger zu erdrücken. Gewiß: Thäten wir es, so würden wir nur mit gleicher Münze heimzahlen. Unsere Gegner haben, solange sie die Macht hatten, und brutal unterdrückt und vergewaltigt; sie schlossen uns von jeder Vertretung aus, so lange sie es vermochten. Doch wir sind sozialistische Demokraten, demokratische Sozialisten. Wir verstehen die Demokratie nicht so, daß sie den andern knebelt und mundtot macht. Und so erklären wir heute schon: So gewiß die nächste Stadtverordnetenwahl, die in drei Jahren stattfindet, uns abermals den völligen, einen noch liberaltigeren Sieg brächte, so gewiß werden wir diese Macht nicht annehmen, nicht mißbrauchen, um anderen Gesellschaftsklassen, anderen politischen Richtungen die Vertretung zu rauben. Die Mehrheit im Kollegium beanspruchen wir gemäß der Bedeutung unserer Partei, entsprechend dem numerischen Uebergewicht unserer Parteigenossen. Mehr fordern wir nicht! Jede Partei, nenne sie sich, wie sie will, soll der Zahl ihrer Wähler entsprechend im Kollegium vertreten sein. Das vorhandene Wahlrecht werden wir benutzen, um proportionelle Vertretung der vorhandenen Parteien zu erzielen. Dabei leitet uns unsere Gerechtigkeitsliebe, es leitet uns unsere politische Einsicht. Unsere Gegner wollen wir haben im Kollegium. Im freien Kampf mit ihnen soll sich die Güte, die Wahrheit unserer Grundgesetze erproben. Solcher Gestalt erhält unser Wahlsieg erhöhte, erhält er allgemein politische Bedeutung.“

Politikliches, Gerichtliches u. s. w.

— Beim Gottesdienste in Oberschlesien spielen unerhörte Angriffe gegen die Sozialdemokratie eine große

Rolle. Man schreibt uns darüber: Vielfach sind in den Kirchen dadurch, daß sich sozialdemokratisch gesinnte Arbeiter die großen Beleidigungen der Seelsorger nicht gefallen lassen wollten, Kländal- jenen entstanden, und mehrere der beleidigten Kirchgänger, die auf die Beleidigungen antworteten, wurden dann wegen Vergehen gegen die Religion (§§ 166, 167 Str.-G.-B.) schwer bestraft. Anzeigen gegen die Geistlichen aber sind zurückgewiesen worden. Auch der Hiesige Arbeiter Albert Wiczorek aus Behnow bei Stettin hatte in der Kirche dem Geistlichen, der die Sozialisten mit Schen versärgte und sagte, daß sie keine Arbeit bekommen würden, in seiner Weise daffur opponiert, daß er die Kirche verließ und auch andere dazu aufforderte. Das Gleimwitzer Landgericht verurtheilte ihn zu 3 Monat Gefängnis. Leider hat sich das Reichsgericht dieser Rechtsprechung angeschlossen und Wiczorek's Revision verworfen. Dieses Urtheil schafft uns wieder neue Ketten. Predigt daher nur so weiter, ihr Geistlichen! Das Volk ist längst klüger als ihr!

Gewerkschaftliches.

Deutsches Reich.

Wegen Veranstaltung einer öffentlichen Kollekte wurden in Magdeburg die Genossen Gärtner, Kunze und Kadelitz mit einem Strafmandat von je 15 M. bedacht. Gegenläufig einer öffentlichen Gewerkschafts-Versammlung im Juli d. J. war seitens des Einvernehmens Gärtner nur den ausgeperrten Bauarbeitern der Zutritt zu derselben ohne Eintrittsgeld gewährt, während die übrigen Teilnehmer ein Eintrittsgeld entrichten mußten. Hierin hatte die Polizei eine Kollekte erblickt. Ueber den Einspruch gegen diese Strafmandate wurde am 12. Oktober vor dem Schöffengericht verhandelt. Auf Antrag des Anwaltes erfolgte kostenloser Freisprechung. Wegen dieser Freisprechung legte aber der Erste Staatsanwalt Verwahrung ein; sie hatte Erfolg. In dem Termin vor dem Landgericht wurden Gärtner, Kunze und Kadelitz mit je 10 M. bestraft.

Im Streik der Glasarbeiter in Hildburghausen, der nun 20 Wochen währt, ist eine Aenderung noch nicht eingetreten. Trotzdem sich eine ganze Anzahl „Arbeitswilliger“ eingefunden hat, hoffen dennoch die Streikenden auf einen Erfolg ihrer Sache. Der Vorstand des Verbandes der Glasarbeiter hatte sich vor kurzem an den Bürgermeister von Hildburghausen gewandt mit dem Ersuchen, das Einigungsamt des Gewerbegerichts in der Streitsache entscheiden zu lassen. Darauf ist folgende Antwort eingegangen: „Die Leitung der Fabrik hat nicht nöthig, mit Elementen zu unterhandeln, welche in einem Streik stehen, und hält es unter ihrer Würde, überhaupt mit Arbeitern zu unterhandeln. Diese lebenswichtige Antwort kennzeichnet die Fabrikleitung nur zu deutlich. Eine stärkere Mißachtung der Arbeiter kann wohl kaum ausgesprochen werden und diese Rücksichtslosigkeit, mit der hier gegen Arbeiter vorgegangen wird, ist mit der Triebfeder des Streiks. Keucherte doch ein Hüttenmeister zu den Arbeitern, man müsse sie hauen, daß sie die Hände hinausschlagen, und ein Fabrikant vertieft sich zu der gesamtvollen Bemerkung, wenn die Arbeiter erst „Schnee und Eis freffen müßten“, dann würden sie schon zahm werden. Daß Leute mit diesen Umgangsformen zu einer Einigung mit den Arbeitern nicht zu haben sind, läßt sich denken. Die Ausständigen sind gewillt, den Streik mit allen Kräften fortzusetzen. Der lange Kampf hat jedoch ihre Rasse erschöpft, und sie wenden sich deshalb an die Arbeiterchaft mit der Bitte, sie zu unterstützen, damit sie nicht gezwungen sind, sich der Diktatur eines solchen Unternehmertums zu unterwerfen. Sämtliche Anfragen sowie alle Sendungen sind zu richten an: Emil Girbig, Berlin O., Woblerstr. 2.

Alle Arbeiterblätter werden um Abdruck gebeten.

Die Buchdrucker in Bremen nahmen in einer von circa 1200 Personen besuchten Versammlung Stellung gegen den Terrorismus, den der Drucker der „Bremser Nachrichten“ gegen seine Gehilfen ausübt. In der Druckererei erhalten nur diejenigen Geher Stellung resp. sie können das Arbeitsverhältnis fortsetzen, die der sogenannten Prinzipal-Klasse beitreten. Von dem Referenten in der Versammlung, Herrn Rehfuser, wurde konstatiert, daß in keiner Buchdrucker in Deutschland ein derartiger Zwang auf die Gehilfen ausübt würde. Die Versammlung stimmte ohne jeden Widerspruch einer Resolution zu, die sowohl das Verhalten des Prinzipals als auch der Gehilfen, die sich dem Gebote des Chefs gefügt hatten, entschieden mißbilligte.

Der Brauerstreik in Kaiserslautern beschäftigte eine Volksversammlung, um über die Frage des Boykotts zu entscheiden. Es wurde folgender Beschluß gefaßt: „Die Versammlung verhält sich zu einer (offiziellen) Verbannung des Boykotts über das Bier der Altbrauerei ablehnend, dagegen fordert sie die hiesige Arbeiterchaft auf, das betreffende Bier so lange zu meiden, bis sämtliche Verheirathete, am Streik theilhaftig gewesene Arbeiter wieder eingestellt sind.“

Ausland.

Die Angestellten der Kolonialbranche in Paris sind nunmehr in eine Bewegung zur Verbesserung ihrer Lage eingetreten. Dieser Tage haben in der „Bourse du Travail“ Versammlungen stattgefunden, an der auch Angestellte anderer Branchen theilnahmen, die sich bei Ausbruch eines Konfliktes ihren Kollegen von der Kolonialbranche anschließen wollen. Wie der Telegraph meldet, sei es bereits zum Streik gekommen.

Aus Antwerpen wird uns geschrieben: Am Streik der Schriftseher sind noch 300 Ausständige theilhaftig. Das Syndikat der Druckereibesitzer verweigert bis jetzt jede Unterhandlung mit dem Streikkomitee und sie lassen ihre dringenden Ordres in Ateliers der kleinen Provinzstädte ausführen.

Infolge einer Interpellation des Stadtrathmitgliedes Coffers beschloß der Stadtrath in der Sitzung vom 20. d. M. einstimmig, vermittelnd zwischen beiden Parteien einzugreifen und haben die Unterhandlungen bereits begonnen. Da nun die bei Beginn des Streiks aufgestellten Sechsmaschinen den Erwartungen nicht entsprechen wegen Mangel an geschulten Kräften, so befinden sich die Unternehmer sehr in der Klemme und ist die Beendigung des nun bereits 10wöchentlichen Streiks binnen einigen Tagen unter für die Arbeiter sehr günstigen Bedingungen zu erwarten.

Der Nationalkongress der französischen Vergleute ist am Mittwoch in Etienne zusammengetreten.

Die Aussperrung der Krefelder Weber

ist nun wirklich, nachdem der Telegraph mehr denn einmal die falsche Botschaft der Beendigung gebracht hat, zu einem glücklichen Abschluß gelangt. Die Situation der Ausständigen war in den letzten Tagen in Dunkel gehüllt, aus dem niemand klar erkennen konnte, welche Differenzen noch die Beendigung des Kampfes hinhielten. Die bürgerliche Presse, so die „Post“ und die „Germania“, waren natürlich schnell bei der Hand und erklärten, die Sozialdemokraten, die „Heber“ wollten keinen friedlichen Abschluß, sie seien es auch, die den Kampf forgesetzt führten. Dabei leistet sich die „Post“ in besonderer die Bemerkung: Der Krefelder Ausstand hat den unbestreitbaren Beweis geliefert, wie sehr gerade die Sozialdemokraten gegebenenfalls die Arbeiter zu den frivolsten und ansichtslossten Ausständen verhegen.

Das ist die bekannte Manier, die Arbeiter unter allen Umständen als die Schuldigen hinzustellen oder doch als von der Sozialdemokratie Verführte. Nun ist aber gerade durch den Streik bewiesen, daß mehrere Personen, die die Leitung des Streiks in Händen hatten, fortgesetzt ernstlich zum Frieden riefen, als sich die Arbeiter in zwei Betrieben weigerten, die Arbeit aufzunehmen. Daß die „Germania“ über den Verlauf des Streiks nicht erbaudt ist, ist sehr begreiflich, war doch die Leitung des Streiks ganz ohne Zutun der christlichen Arbeitervereine in den Händen der Gewerkschaften geblieben. Und der Abschluß des Kampfes bringt ihnen keine Früchte, denn die religiösen Streifragen wurden in sehr richtiger Erkenntniß von den Arbeitern ganz außer acht gelassen.

Jetzt, nachdem nähere Berichte vorliegen, erscheint auch die Abweisung der Vereinbarung seitens der Arbeiter der Millionenfirma Strahnen u. Gobbers mehr berechtigt, als es erst nach den unvollkommenen Meldungen schien.

Es wird nothwendig sein, zur Verständigung des nun abgeschlossenen Kampfes kurz noch einmal den Verlauf zu rekapitulieren. Die Arbeiter hatten mit Hilfe ihrer Organisation im verflochtenen Jahre in einigen Betrieben bessere Löhne erzielt. Daß ihre Wünsche nicht gerade sehr hoch gingen, ist daraus zu entnehmen, daß Wochenlöhne von 10 und 12 M. üblich waren. Vor ungefähr 14 Tagen traten die Arbeiter der Firma Engländer in den Ausstand, sie verlangten eine 5 bis 10 prozentige Lohnerhöhung. Die Firma Engländer bestand es nun, die übrigen 46 Stofffabrikanten für ihre Sache zu interessieren, worauf der Beschluß gefaßt wurde, sämtliche Arbeiter auszusperren, wenn nicht die Arbeiter der Engländer sofort den Ausstand aufgeben. Da die übrigen Arbeiter weder die Machtbefugniß hatten, eine solche Weisung an ihre streikenden Kollegen zu stellen, noch auch von dieser Machtbefugniß Gebrauch machen wollten, so wurde die Drohung der Fabrikanten zur Ausführung gebracht und in den 46 Fabriken der Betrieb eingestellt. Daß die Arbeiter sich nicht wenige Tage vor Weihnachten auf den Straßendamms werfen ließen, sondern nach der erhaltener Kündigung sofort die Fabriken verließen, wird man ihnen gerechter Weise nicht verübeln können. Die Verhandlungen, die nun von der städtischen sozialen Kommission eingeleitet wurden, hatte zur Folge, daß dem Arbeiter bei der Firma Engländer eine Lohnerhöhung zugestimmt wurde, die im allgemeinen ihren Wünschen entsprach. Damit wäre die Ursache des Streiks beseitigt gewesen. Den ihnen aufgezungenen Kampf wollten die Arbeiter nun aber auch nicht beenden, ohne nicht gleichzeitig einige Bedingungen daran zu knüpfen. Diese waren sehr mächtig und bestanden im wesentlichen darin, es sollte die zehnstündige Arbeitszeit in allen Betrieben garantiert werden und eine Lohnliste zur Einführung kommen, die sich gleichstellte mit derjenigen einer größeren Firma. Man verlangte also nur den Lohn, der bereits von einer anderen Firma gezahlt wurde.

Um diese Forderungen wagte der Kampf eine zeitlang hin und her, bis es schließlich zu folgender Vereinbarung kam:

1. Die Fabrikanten verpflichteten sich, in den nächsten drei Monaten von ihrer Vereinigung, unter Umständen Massen-Aussperrungen vorzunehmen, keinen Gebrauch zu machen; die Weber verpflichteten sich, in den nächsten drei Monaten in keinen Ausstand einzutreten. 2. Es soll allgemein die zehnstündige Arbeitszeit in den mechanischen Webereien eingeführt werden. 3. Es soll in den nächsten drei Monaten eine Lohnliste für die Stoffwebereien aufgestellt und vereinbart werden.

Die in der Kommission thätigen Stoffweber übernahmen es, in einer etwas später anberaumten Versammlung ihren Kollegen die Abmachungen zu empfehlen. Eine gemischte Kommission, aus Webern und Fabrikanten bestehend, soll über die innerhalb des Vierteljahres entstehenden Streitigkeiten gemeinsam verhandeln.

Dieser Vereinbarung stimmten schließlich die Arbeiter zu, nur die Vertreter des genannten Betriebes schlossen sich aus. Die überaus schlechten Löhne in diesem Betrieb lassen das Verhalten der Arbeiter, die auf eine Lohnerhöhung von 10 pCt. bestanden, begreiflich erscheinen. Die Firma weigerte sich aber, weiter den rückständigen Lohn zu zahlen und wollte den kontraktbrüchigen Arbeitern 18 M. Strafe abgeben. Daß solche Bedingungen zu keinem Frieden führen konnten, ist klar. Diese letzten Differenzpunkte sind nun auch, nachdem in einigen anderen Betrieben die Arbeiter bereits die Beschäftigung aufgenommen hatten, beigelegt. Ueber die Strafe des Kontraktbruchs soll das Gewerbegericht entscheiden, die zehnprozentige Lohnzulage wurde genehmigt.

Der Kampf ist zu gunsten der Arbeiter beendet, die Arbeiter können mit dem Erfolg des von ihnen nicht provozirten Kampfes zufrieden sein. Gewiß ist der materielle Vortheil kein großer, aber dahin lauteten die Bedingungen auch gar nicht, der ideale ist der bedeutendere. Die Fabrikanten haben gesehen, daß sie mit den Arbeitern nicht so leicht umspringen können, als es ihnen beliebt. Sie glaubten die Arbeiter wegen ihrer gewerkschaftlichen Bestrebungen zu züchtigen, aber dazu kam es nicht, sie mußten ihren sonst immer so botmäßigen, bedürfnislosen Arbeitern Zugeständnisse machen, die sie freiwillig nie zugestanden hätten. Sie mußten indeß wahrnehmen, daß in diesen Lohnslaven Muth und Begeisterung für ihre Sache und Empörung gegen ihre Unterdrücker in reichlichem Maße vorhanden war. Für beides hatten sie selbst reichlich gesorgt, während die gewerkschaftliche Organisation den Webern Leitung und Führung im Kampf bot. Hoffen wir, daß damit den Arbeitern in diesem künftigen Distrikt die Erkenntniß über den Werth der Organisation klar zum Bewußtsein kommt.

Noch befindet sich eine große Zahl von Arbeitern der Sammetweberei von Ubeling im Ausstand, an Unterstützung fehlt es allerorts, auch bei denen, die jetzt in die Fabriken zurückgekehrt sind. Mögen deshalb die deutschen Gewerkschaften den Bedrängten zu Hilfe eilen, damit die Krefelder Weber freudig sich der hilfereichen Hand erinnern, die dafür sorgte, daß sie das Weihnachtsfest nicht im bitteren Elend begehen bräuen. — Gelder sind zu senden an Rapp, Krefeld, Prinz Ferdinandstr. 74, oder Vaer, Krefeld, Kaiserstr. 18.

Unternehmer-Verbände.

Ein Elektrizitäts-Trakt in Ungarn. Die „Neue Fr. Presse“ schreibt: In Budapest ist die Errichtung einer neuen Traktgesellschaft geplant, in welche die elektrischen Unternehmungen der Vereinigten E. & S. vormals B. Egger u. Co., ausgenommen werden sollen. Sowohl in Ungarn, als auch in Oesterreich und insbesondere in Böhmen, soll die neue Gesellschaft Anlagen errichten. Das Kapital der Gesellschaft soll vorerst mit 2 000 000 Fl. bemessen werden.

Soziales.

Preussische Sparkassen. Nach den vorläufigen Ergebnissen der preussischen Sparkassen-Statistik waren am Schlusse des Rechnungsjahres 1897 beziehentlich 1897/98 7 842 977 Sparkassensbücher im Umlauf. Es sind während dieses Jahres 1 135 680 Sparkassensbücher ausgegeben und 753 729 zurückgenommen worden, so daß die Zunahme 381 951 Stück betrug. Seit 1883 hat sich die Zahl der Sparkassensbücher mehr als verdoppelt. Am Ende des Berichtsjahres kamen auf je 100 Einwohner 23,4 Bücher. Die Zahl der Personen, die sich im Besitze von Sparkassensbüchern befinden, ist aber geringer als die Zahl der Sparkassensbücher, da viele Personen mehrere Sparkassensbücher besitzen. — Weitere Details gedenken wir noch zu veröffentlichen.

Großstädtisches Elend. In einer öffentlichen Anfrage an den Magistrat der Stadt Magdeburg schreibt die „Volkstimme“: Obdachlose Frauen und Kinder treiben sich nun schon seit Wochen der Witterung preisgegeben, auf Straßen und Privatgrundstücken umher. Zwar haben die Verarmten ein Nachtlager in einer wegen ihres ungesunden Zustandes geschlossenen Schule gefunden, aber am Tage fehlt das Heim.

In der Schule nächtigen 24 Familien mit einer ganz ansehnlichen Kinderzahl; um 8 Uhr müssen die Familien die Schule verlassen, dann suchen sie sich irgendwo Obdach. Auch bei der gegenwärtig herrschenden Kälte kampieren die Kerne in den freien, so am Petri-förder 5 Frauen mit 7 Kindern im Alter von 1—8 Jahren. Die armen Wärmer frieren und weinen, sehen entsezt aus — das Blut stockt beim Anblick des Elends. In Heringsstöpseln kochen die Frauen Bjohorienbräue, mittags wird die Volkstüche aufgeschickt. Bereits sind Kinder der Obdachlosen erkrankt, eins ist jüngst in stiller Brust gebettet — es ist dem Elend, dem Jammer entrückt.

Sind dem Magistrat diese Dinge bekannt und was gedenkt er zu thun, diesem Uebel zu steuern? Weshalb bleiben die Obdachlosen nicht in der Schule, weshalb wird diese nicht geheizt, weshalb nimmt man den Kerne noch 10 Pf. Schlafgeld ab? Will der Magistrat hierauf Antwort geben und will er nicht für ein anderes Unterkommen sorgen?

Die Stadt baut Denkmal, verwendet Tausende zur Befreiung der Straßen bei dem Besuch hochgefeilter Herrschaften, richtet ein Willkürteinzel ein, legt kostspielige Rennwege für Radfahrer an, bewilligt für patriotische und Renessete Tausende, hat ihrem Bürgermeister das Gehalt um Tausende erhöht, — sollte die Stadt nicht Mittel und Wege finden zur Beseitigung dieser entsetzlichen Zustände?

Eine deutsche Gesellschaft für Volksbäder ist, wie die „Sozial-Korrespondenz“ mittheilt, in der Entstehung begriffen. Der Aufsatz, mit dem sie sich an die Öffentlichkeit wendet, ist von 800 in der Volksbäder-Frage thätigen und erfahrenen Männern unterzeichnet und wird demnächst erscheinen.

Schlechte Apothekenwaaren. Am Schluß eines Artikels, den die „Pharmaceutische Wochenchrift“ über die Schädlichkeit des heutigen Apothekenmonopols brachte, bemerkt Dr. Bremer:

Nicht nur die deutsche Pharmacie wird unter dem System der „verläßlichen und berechtigen Apotheken“ ausgehendert, nein, die Bevölkerung muß schließlich mit ihrer Gesundheit mitbezahlen. Wer es nicht glaubt, der lese die Mittheilungen der Groß-Drogenhändler Caspar u. Voreg in Halle zc. Schwunddrogen, Abfallwaare, Surrogate laufen viele Apothekenbesitzer. Deshalb und nur deshalb können die unrealen Mitglieder des Standes Wucherginsen für die Rechtswerte der Apotheken bezahlen, deshalb können diese Leute die Apotheken kaufen, deshalb stehen die realen und gewissenhaften Mitglieder des Berufs vielfach daneben und können keine Apotheke führen, weil sie diese Schwundpreise unter realer Geschäftsführung nicht bestreiten, die Wucherginsen nicht herauswirtschaften können.

Nun, man braucht nicht erst nach Halle zu gehen, um zu erfahren, daß die Groß-Drogenhandlungen Waaren speziell für Apotheker von sehr verschiedener Qualität und zu sehr verschiedenen Preisen führen. Man nehme nur die Preisliste irgend einer Berliner Groß-Drogenfirma zur Hand. So führt die bekannte Großfirma J. D. Riedel in Berlin zum Beispiel drei Sorten amerikanischen Castoreums in ihrer Preisliste auf zum Preise von 15 M., 17,50 M. und 20 M. per Hektogramm, Colombowurzel zum Preise von 90 Pf. und 1,60 M. per Kilogramm, Senegawurzel, südlische, zum Preise von 3,85 M. per Kilogramm und westliche zum Preise von 3 M. per Kilogramm. Das sind Stoffe, die nur in der Rezeptur gebraucht, in Detail-Drogenhandlungen deshalb gar nicht geführt werden, die also nur von Apotheken gekauft werden. Allerdings nimmt man allgemein an, daß die südlische Senegawurzel wirksamer ist als die westliche, aber auch letztere wird noch in vielen Apotheken verwendet. Ebenso ist es mit den verschiedenen Sorten der Colombowurzel und des lanabischen Castoreums. Sonst würden die Großfirmen dieselben gar nicht in ihren Listen führen. Wir könnten noch viele andere Arzneistoffe auflisten, für welche sich bessere und geringere Sorten von sehr verschiedenem Preise in den Listen finden, z. B. Aithen, Valerian, Rhubarbwurzel, Chinarinde, Semesblätter zc., aber von diesen könnte man behaupten, daß die geringeren Sorten hauptsächlich von Detaildrogisten entnommen würden. Das trifft aber bei den erstgenannten Stoffen nicht zu, da sie, weil nur in der Rezeptur gebraucht, von Detaildrogisten gar nicht geführt werden.

Dabei soll der einzige Zweck des Apothekenmonopols sein, daß es den Patienten die Verabreichung nur bester Arzneien gewährleistet!

Die Zahl der Versicherungsobligigen land- und forstwirtschaftlichen Betriebe im Königreich Sachsen ist nach dem soeben veröffentlichten Geschäftsbericht der Versicherungsanstalt von 188 644 im Jahre 1889 auf 181 350 im Jahre 1897 zurückgegangen, während die Gesamtsumme der Beitragsbeiträge von 94,7 Millionen auf 85,0 Millionen gestiegen ist. Unter den Betrieben dienten 2631 der Gärtnerei. Diese Betriebe sind im Ganzen 2631 gewesen. Die Zahl der neu angemeldeten Unfälle in der sächsischen Land- und Forstwirtschaft ist von 4038 im Jahre 1896 auf 4502 im Jahre 1897 gestiegen. Entschädigungen wurden im Jahre 1897 in Höhe von 562 701 M. an 6389 Verletzte gezahlt.

Internationales Amt für Arbeiterschutz und Sozialpolitik. In der „Sozialwissenschaftlichen Vereinigung“ in Bern hielt Herr Nationalrath Curti aus St. Gallen einen Vortrag über die Errichtung eines internationalen Arbeiterschutzes, wobei er die Ansicht aussprach, daß Belgien, Oesterreich, Ungarn und die Schweiz, wo gegenwärtig die Idee am meisten Sympathien besitzt, sich über einen gemeinsamen Plan verständigen sollten; andere Staaten würden alsdann wohl von selber folgen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Der Papst über die Abdrückung. Rom, 23. Dezember. (W. T. V.) Der Papst empfing heute Mittag gleichzeitig 8 Kardinele, zahlreiche Bischöfe und Prälaten, deren Weihnachtswünsche der Kardinal Bischof von Parochi zum Ausdruck brachte. Der Papst, der in seiner Antwort auf diese Ansprache an die schmerzlichen Ereignisse des Jahres 1898 erinnerte, fügte hinzu, daß es nur zu gerechtfertigt sei, wenn die Regierungen des zivilisirten Europas sich zusammenthun, um den unechwürdigen barbarischen Ausrottungsdriven einen Damm entgegenzusetzen.

Braunschweig, 23. Dezember. (W. T. V.) Die „Braunschweiger Neuesten Nachrichten“ veröffentlichten heute ein Interview mit einem Mitgliede der chinesischen Gesandtschaft in Berlin, aus welchem hervorgeht, daß zwischen der Kaiserin-Wittve und dem Kaiser von China ein freundschaftliches Uebereinkommen getroffen worden sei, demzufolge die Kaiserin-Wittve regiert, da der Kaiser selbst eingeehnen habe, daß seine Reformen zu viel Unzufriedenheit im Lande (? R. d. V.) hervorruften. Li-Hung-Tschang theilte die Ansichten der Kaiserin-Wittve. Betreffs des Streites mit dem französischen Konsul in Shanghai sagte der Chinese, es handele sich hier lediglich um die Anwendung eines chinesischen Terrains durch französische Spekulationen. Die Franzosen hätten kein Recht zu irgend welchen Ansprüchen, höchstens sei ein hygienisches Bedürfnis vorhanden.

Wien, 23. Dezember. (W. T. V.) Der Kaiser empfing heute Nachmittag den ungarischen Ministerpräsidenten Danffy in Audienz, welcher über die Lage berichtete. Abends lehrte Danffy nach Budapest zurück.

Wien, 23. Dezember. (W. T. V.) Wie der „Neuen Freien Presse“ aus Prag gemeldet wird, herrscht unter deutsch-böhmischen Abgeordneten die Absicht vor, an den Verhandlungen des böhmischen Landtages theilzunehmen.

Paris, 23. Dezember. (W. T. V.) Der Vorkämpfer in Bern Graf Monthlon theilte dem „Tempo“ telegraphisch mit, daß die Meldung des „Soir“, wonach er als Botschafter in Brüssel über angebliche Zusammenkünfte des Kapitan Drechfu's mit einem deutschen Offizier berichtet habe, vollständig erfunden sei.

Paris, 23. Dezember. (W. T. V.) In der Deputirten-Kammer wurde nach einer Debatte über die Judenverfolgungen in Algier einstimmig beschloffen, daß die Rede Dupuy's in Algier öffentlich angeschlagen werde. Sodann wurde eine mit 406 gegen 10 Stimmen von Dupuy gebilligte Tagesordnung angenommen, durch welche die Erklärung der Regierung gutgeheißen und die Erwartung ausgesprochen wird, die Regierung werde der Gewissensfreiheit Achtung verschaffen und für die Sicherheit des Privateigentums in Algier sorgen. Hierauf wurde die Sitzung geschlossen.

Rom, 23. Dezember. (W. T. V.) In Süditalien und auf Sizilien herrscht großer Schrecken. In den Apenninen sind zahlreiche Eisenbahnhänge im Schnee steden geblieben.

Rom, 23. Dezember. (W. T. V.) Es verlautet in vatikanischen Kreisen, der Seintgenerale habe aus Minister die Nachricht erhalten, daß die Bewilligung zur Rückkehr der Jesuiten nach Deutschland demnächst ertheilt werden wird.

Warschau, 23. Dezember. (W. T. V.) Anlässlich der morgen stattfindenden Mikiewitz-Freier sind besondere Maßregeln getroffen worden, um eventuelle Demonstrationen zu unterdrücken. Die gesamte Garnison und die Gendarmen sind konstant.

Kommunales.

Aus der Magistrats-Sitzung vom Freitag. In der Fortsetzung der Verhandlungen zur Festsetzung des Stadthaushalts-Etats für 1899/1900 setzte das Magistrats-Kollegium den Etat des städtischen Straßenreinigungswesens fest und zwar in Einnahme mit 230 634 M. und in Ausgabe mit 2 716 385 M.; es ist demnach ein Zuschuß von 2 485 751 M. erforderlich. Die zu reinigenden Straßenflächen haben sich in dem letzten Jahre sehr vermehrt durch den Zutritt von neuen Straßen mit einem Flächeninhalt von 110 486 Quadratmetern; die Asphaltflächen, welche der Reinigung unterworfen sind, haben eine Vermehrung von 93 100 Quadratmetern zu verzeichnen. Infolge dessen ist es erforderlich, die Zahl der ständigen Arbeiter zu vermindern. Demgemäß ist auch in den Ausgaben eine höhere Summe für Löhne vorgesehen und zwar beträgt diese Etatsposition 1 350 816 M., 110 880 M. mehr als im laufenden Etatsjahre; die Abfuhr erfordert eine Ausgabe von 674 200 M. etc. — Der Etat der Taubstummenanstalt ist mit einer Ausgabe von 67 000 M. festgesetzt und erfordert einen Zuschuß von 66 787 M., da die Einnahmen nur 213 M. betragen. — Der Etat der Turnhallen der städtischen höheren Lehranstalten, Spielplätze und Turnweiser im allgemeinen ist in Einnahme mit 18 010 M. und in Ausgabe mit 185 233 M. festgesetzt, sodaß ein Zuschuß von 117 223 M. erforderlich wird. Für die Spielplätze der Jugend sind 18 000 M. vorgesehen. — Auch der Etat des städtischen Obdachs erfordert einen Zuschuß, und zwar in Höhe von 163 379 M., denn die Einnahmen schließen mit nur 6651 M. ab, denen eine Ausgabe von 170 030 M. gegenübersteht. — Der Etat der Desinfektionsanstalten schließt ab mit einer Einnahme von 2040 M. und einer Ausgabe von 24 580 M., es beträgt der Zuschuß mithin 22 490 M. Der Etat der Heimstätten für Gesehnde ist in Einnahme mit 157 450 M. und in Ausgabe mit 281 700 M. festgesetzt. Der erforderliche Zuschuß beträgt daher 124 250 M. — Der Etat der Blindenanstalt nebst Betrieb der Beschäftigungsanstalt ist in Einnahme mit 76 638 M. und in Ausgabe mit 116 434 M. gestellt. Der Zuschuß beträgt mithin 39 796 M. —

Die städtische Webeschule soll erweitert werden, das Magistratskollegium hat daher beschlossen, den Ankauf eines größeren Grundstücks zu bewirken und hat zur Regelung dieser Angelegenheit aus seiner Mitte eine Kommission von 5 Mitgliedern gewählt. — Die Adjunkten der Simeonstrasse hatten beim Magistrat den Antrag gestellt, es solle diese Privatstraße als öffentliche Straße auf die Stadtgemeinde übergeben und boten eine Abfindungssumme von 68 000 M. an. Das Magistratskollegium hat beschlossen, diesen Antrag wegen des geringen Angebots abzulehnen. — Auf Antrag der städtischen Deputation hat das Magistratskollegium die Schaffung dreier neuer Stellen für städtische Bauingenieure beschlossen. Die Stellen sollen noch im nächstjährigen Etat vorgezogen werden. —

Den Beschlüssen der Stadtverordneten-Versammlung 1. in bezug auf das Ortsstatut für die Stadt Berlin über die Krankenversicherung der in Kommunalbetrieben und im Kommunaldienste beschäftigten Personen, 2. über die bei Unfällen städtischen Angestellten zu gewährenden Unterstüßungen, ist der Magistrat beigetreten; das soll demnächst der Versammlung zur Kenntnis gegeben werden. —

Der Magistrat hat die zur Erstattung zu berechnenden Kosten für Verpflegung von Geisteskranken und Epileptischen für die Irrenanstalten der Stadt Berlin zu Döllsdorf und Herzberge, zu Lichtenberg, sowie für die Anstalt für Epileptische Wuhlgarten für die Rechnungsjahre 1899/1900 folgendermaßen festgesetzt: 1. Den Kosten für die volle Anstaltsverpflegung auf 2,20 M. für die Irrenanstalten und 2,60 M. für Wuhlgarten, 2. den bei Außenpflege für Leistungen von der Hauptanstalt außer den Paar-Ausgaben an die Pflegestelle innerhalb der Grenze des Saiges zu 1 hinzutretenden Zuschlag bei Privatpflege auf 0,35 M. für die Irrenanstalten und 0,50 M. für Wuhlgarten, bei Familienpflege auf 0,60 M. für die Irrenanstalten und 0,70 M. für Wuhlgarten; 3. die allgemeinen Verwaltungskosten und seiner Materialien auf 1,20 M. für die Irrenanstalten und 1,60 M. für Wuhlgarten. Die Zustimmung der Stadtverordneten-Versammlung wird hierzu nachgeholt werden. —

Der Magistrat hat bei der Stadtverordneten-Versammlung beantragt, daß das von der Rentiere Emilie Luise Rosalie Häbner angelegte Legat von 7500 M., deren Zinsen an Waisenmädchen bei ihrer Verheiratung in Raten von 90 M. vertheilt werden sollen, von der Stadtgemeinde Berlin gemäß der testamentarischen Bestimmung angenommen werde. —

Die Stadtverordneten-Versammlung wird sich demnächst mit der Frage der Verwertung der Magistratsbibliothek zu beschäftigen haben. Der Magistrat hat bei der Versammlung die Zustimmung nachgeholt, daß die Magistratsbibliothek bis auf eine im Rathhause verbleibende Geschäfts- und Handbibliothek von etwa 20—25 000 Bänden und die städtische Bibliothek nach den früher von der Sparkasse benutzten Räumen Zimmerstr. 91 verlegt, daß zu diesem Zwecke diese Räume von der Sparkassenverwaltung zur Zeit für 6000 M. jährlich abgemietet, nach dem mit 2000 M. abzuschließenden Kostenschätz der Bauverwaltung zur Aufnahme der Bibliothek hergerichtet und daß Röhre und Kaminlöcher sowie 1300 M. Umzugskosten in den nächstjährigen Etat eingestellt werden. —

Lokales.

Die Parteigenossen des ersten Wahlkreises arrangiren am ersten Weihnachtsfeiertag, mittags 12 Uhr, eine Matinee im Feenpalaß; sämtliche Künstler treten in ihren bekannten Glanznummern auf. Entree 30 Pf. Willens sind bei folgenden Genossen zu haben: Mischel, Bödenstr. 35; Gärtner, Rollenstr. 12; Breuß, Reine Friedr. 20; Kästerow, Annenstr. 26; Felgentreff, Dresdenerstr. 33; Neyner, Oranienstr. 194. Um zahlreiches Besuch bitten Die Vertrauenspersonen. —

Zweiter Wahlkreis. Am zweiten Weihnachtsfeiertag, abends 6 1/2 Uhr, findet Lindenstr. 106 bei Jubel eine öffentliche Versammlung statt mit dem Thema: „Gerechtigkeit und Gerechtigkeit“. Referent: Genosse Dupont. Zahlreiches Erscheinen erwünscht. —

Fünfter Berliner Wahlkreis. Den Genossen zur gefälligen Kenntnisnahme, daß am 2. Weihnachtsfeiertag ein Flugblatt verbreitet werden soll und werden sie hiermit zur rechtigen Vorsehung aufgefordert. Das Räthel finden die Genossen in der morgigen Nummer des „Vorwärts“. Der Vertrauensmann. —

Das Bettlergericht.

In dem Ausbau des Polizeipräsidiums an der Stadtbahn zwischen Magendampplatz und Jannowitzbrücke spielen sich jeden Morgen zahlreiche soziale Tragödien ab. Neben ein Mann, wo die Schmach unserer heutigen Gesellschaft, die Prostitution ihre staatslichen Pflichten erfüllt, sitzt das Schöffengericht des Polizeipräsidiums über eine andere Schmach unserer Gesellschaft zu Gericht. In der Zeit von neun bis ein Uhr werden hier die Bettler und Landstreicher abgeurtheilt. Nicht einzeln kommen sie in den, das Zimmer bis zur Hälfte füllenden Anlagerraum, wie es doch sonst vor Gericht Sitte ist. Mit solchen sterben wird nicht so viel Federlesens gemacht. Haben sie doch eine der schuldigsten Verbrechen an unserer heutigen Gesellschaft begangen. Sie haben nicht gearbeitet, das heißt, sie haben keinem Unternehmer einen Profit verschafft. So kommen sie denn gleich in ganzen

Schwärmen vor den Richter. Sie einzeln vorzuführen, würde auch zu viel Zeit beanspruchen — denn es sind nicht sehr wenig. Ganze Kolonnen werden täglich abgeführt. Die schnelle Abfertigung, der moderne Engrosbetrieb muß also auch hier geübt werden, sonst würden die Räume des Richters gar nicht zureichen. —

Und wie sie hat so ein faules Subjekt seine Strafe weg. Ein ganzer Schwarm wird in zehn Minuten bis zu einer Viertelstunde abgerichtet. Meistens sind es Männer, die schon öfter wegen Bettelns bestraft sind. Sie wissen, was ihnen bevorsteht — das Arbeitshaus. So haben sie dem Zeugen laden lassen, die behandeln sollen, daß sie sich um Arbeit bemüht haben. Das sind Inspektoren großer Betriebe oder ähnliche Personen, die die Einstellung von Arbeitern besorgen. Die lernen selbstverständlich den Angeklagten nicht, denn: „Bei uns kommen so viel Leute nachfragen; da bleibt der einzelne nicht im Gedächtniß.“ Der Staatsanwalt beantragt den Schuldspruch, wie es bei dieser Institution zur Pflicht geworden ist. Der Vorsizende stützt mit den Schöffen zur Reden, stützt mit den Schöffen zur Finken — ein Hinansgehen und Berathen gilt beim Bettlergericht für überflüssig — und der Angeklagte ist zu mehreren Wochen Haft oder auch sogar zu längerem Aufenthalt im Arbeitshaus verurtheilt. —

Die größte Zahl beruht sich bei dem Urtheil; nur von denen, die zum Arbeitshaus verurtheilt sind, erklären manche, daß sie Verurteilung einlegen wollen. Zur Vertheidigung kommen sie nicht groß. Höchstens, daß sie anreden dürfen, wo sie zuletzt gearbeitet oder sich um Beschäftigung bemüht haben. —

Die bloß wegen Bettelns Angeklagten müssen ihre Verhaftung schildern, aber kurz! Meist sind sie einem zum Aufreisen der Bettler bestimmten Kriminalbeamten, oder einem Beamten in Zivil in die Hände gefallen. Knappes Zeugenvorhör, Antrag des Staatsanwalts auf Schuldig. Klüßern des Richters nach rechts, Klüßern des Richters nach links, der Angeklagte hat ein paar Wochen Haft weg. —

Neulinge versuchen, die Verhaftung umständlich zu schildern, doch das wird nicht geduldet. Die alten „Belommen“ des Gerichts wissen, wie sie sich auszudrücken haben und schildern in wenig Sätzen ihr „Verbrechen“. Sie wissen, Zeugen verschärft die Strafe. —

Wer mit Exentruß für's soziale Getriebe einen Vormittag den Verurtheilungen zuschaut, wird bald inne, daß hier nicht die Angeklagten die Verdächtig sind. Etwas anderes steht da im Anlagerraum, hinter den Hunderten, die täglich hier ihren Urtheilspruch hören — das ist die moderne Gesellschaft, die durch ihre Zerfahrenheit, Saisonarbeit und ähnliches die Leute zum Betteln zwingt, sie schließlich zu Gewohnheitsbettelern macht und sie im Arbeitshaus „bessern“ will. Daß das Arbeitshaus seinen Erfolg hat, beweisen die ewigen Rückfälle seiner entlassenen Höglinge, denn täglich werden im Polizeipräsidium Männer verurtheilt, die schon die Zucht des Arbeitshauses genossen haben. —

Und selbst jetzt ruhen die Verurtheilungen nicht. Ja, jetzt kommt die Hochfluth der Anklagen, wie stets im Winter. Aber die Verurtheilten sollen zum Fest singen: — Friede auf Erden — und den Menschen ein Wohlgefallen! — — —

Das Weihnachtsfest im Reich des Anlagensurdes.

In einer Streifschicht, die den unter Maurern sehr bekannten „Arbeitswilligen“ Wohnwabe anging, war der Maurer Karl Walter zu sechs Monaten Gefängniß verurtheilt worden. Vor kurzem hatte das harte Urtheil dadurch, daß das Kammergericht die eingelegte Revision verworfen, Rechtskraft erlangt. Walter ist verheiratet und hat zwei Kinder, für die er, so gut es seinen bescheidenen Verhältnissen entspricht, am Weihnachtsabend den Tannenbaum aufspannen wollte. Da kam eilends die Strafankündigung und machte ihm einen dicken Strich durch die Rechnung. Am 20. Dezember, vier Tage vor Weihnachten, traf eine Aufforderung bei Walter ein des Inhalts, daß er sich am 23. Dezember, also einen Tag vor Heiligabend, in dem Strafgefängniß zu Plötzensee einzufinden habe. Wir hoffen, daß diese Mittheilung während der Feiertage von vielen unserer Parteigenossen benutzt wird, um unter den Proletariern, die noch indifferent sind, Aufklärung zu schaffen sowohl über das Wesen des heutigen Staates als über die Sozialdemokratie, die an seiner Stelle eine den Idealen der Menschheit entsprechende Gesellschaftsordnung, errichten will. —

Traurige Weihnachten haben manche der Vadenbesitzer auf dem Weihnachtsmarkt. Das Wetter der letzten Wochen, das den Aufenthalt im Freien zur Qual machte, zog einen dicken Strich durch die Rechnung dieser Händler. Die alte Erfahrung, daß wenigstens der kleine Mann noch häufig seine paar Einkäufe für den Weihnachtsfest auf dem Markt besorgt, hat auch in diesem Jahre manche Handelsleute zu Anstrengungen getrieben, die gar oft über ihre schwachen Kräfte hinausgingen. Nicht selten belommen man zu hören, daß dieser oder jener Standhaber einen Theil seiner paar Habeligkeiten auf Leihamt getragen hat, um nur das dringend nötige Geld zum Warenaufkauf zu erhalten. Und nun, nachdem die Armen Tag für Tag im Hundewetter gestanden oder gejeßen und sich nothdürftig mit Schrippen, aufgewärmtem Kaffee und aufgewärmter Kartoffelsuppe hindurch gequält haben, ist das Fazit, daß ihnen ein großer Theil der Waaren auf dem Falle bleibt, und daß sie vielfach froh sein müssen, wenn sie wenigstens die Auslagen wieder herauskriegen. Man mag fragen, warum wagen denn die Leute ein so zweifelhaftes Geschäft? Darauf ist wohl die Gegenfrage am Platze: Warum muß mancher Arbeiter froh sein, wenn er für elenden Lohn seine Gesundheit hinopfert darf? In wiefern auf Vernichtung des Kleinhandels hinarbeitenden Wirtschaftsveränderungen die Standhaber so wie so schon vielfach im Punterreffen, und nun hat das Wetter ihnen des Daseins Schwere doppelt fühlbar gemacht. —

Zum Kapitel Aderandbentung, das zu Weihnachten ja besonders zeitgemäß ist, bleibt es bezeichnend, daß zu den Gängen des Gewerbegerichts nicht nur junge Leute vom verzehnten Lebensjahre aufwärts, sondern auch schulpflichtige Kinder gehören, die vertreten durch ihre natürlichen oder gesetzlichen Vormünder, Lohn- und Entschädigungsansprüche geltend machen. Es kommen da vor allem die kleinen Zeitungs- und Frühstücks-Austräger in Betracht, und beide Geschlechter sind es, die schon in diesem zarten Alter der „Arbeitsvertrag“ in seine Wände schlägt. Sogar der Einwand des Kontraktbruchs wurde kürzlich vor der Kammer VII gegen die Ansprüche eines 11jährigen Knaben und eines 12jährigen Mädchens erhoben, die von einem Milchhändler Schmidt ein paar Groschen für das Austreten von Milch verlangten. Der Vater der Kleinen war im Krankenhaus gewesen und dadurch gezeugt worden, die ältesten von sechs Kindern zu verwerthen. Für die Morgenarbeit von 5 bis 7 Uhr erhielt jedes 10 Pfennig, für das Austreten der Nachmittagsmilch 10 Pfennig. Der Besagte wies den Vorwurf, solche jungen Kinder zu beschäftigen, mit der Bemerkung zurück, er könne tausende von Fällen anführen, wo sich die Kinder auf diese Weise ihr „Einsparungsgeld“ verdienen! —

Die Zentralisirung der Berliner Kreis-Krankenkassen wird vorläufig nicht zustande kommen. Das Plenum der Gewerbe-deputation des Magistrats, das am Mittwoch Abend eine längere Sitzung im Rathhause abhielt, hat den Antrag auf Zentralisirung der Krankenkassen abgelehnt. —

Zur freien Arztwahl. Auf Anregung des Ausschusses der preussischen Kerkzettelammern werden sich, wie die „Vossische Zeitung“ mittheilt, die einzelnen Kammern in ihren nächsten Sitzungen mit der Stellung der Kerkze zu den Krankenkassen beschäftigen. Der Kerkzettelammern für Brandenburg-Berlin wird ein von dem Vorstande, von Dr. Hüggen und Genossen gestellter Antrag unterbreitet werden, der eine verwaltungsrechtliche Erklärung

darüber herbeiführen will, was unter freier Arztwahl zu verstehen ist. Zugleich wird darin die Frage von der „gesetzlichen Einführung“ der freien Kerkzettelwahl berührt.

Die Gleichlegung der Ferien in den Volksschulen mit denen der höheren Schulen hat die Schuldeputation in Charlottenburg bei der Regierung in Potsdam beantragt. In der Hauptversammlung des Berliner Lehrervereins, in der diese Mittheilung erfolgte, wurde der Wunsch ausgesprochen, daß auch in Berlin die Schuldeputation ein gleiches thun möge. —

Ueber eine ungläubliche Rücksichtslosigkeit, die der Magistrat an den technischen Lehrerinnen der Stadt hat, berichtet die „Volks-Zeitung“: Die Stellung dieser bedauernswerthen Damen ist ohnehin eine solche, daß sie an ihrer Befolgung in der Mehrzahl der Fälle nur eine Zubrücke zu ihren sonstigen Einnahmen haben, nicht entfernt aber davon leben können. Sie werden in den meisten Fällen nur mit wöchentlich sechs Stunden fest beschäftigt, die ihnen monatlich mit 24 Mark bezahlt werden. Nur die ältesten und bewährtesten unter ihnen bringen es bis auf 24 Stunden pro Woche, was ihnen ein Gehalt von 96 M. monatlich einträgt. Nur aber besteht dies Gehalt (soweit es mehr als 24 M. beträgt) zum Theil aus sogenanntem Ueberstundenlohn, und dies wird von der Stadthauptkasse nicht mit dem eigentlichen Gehalte zusammen ausbezahlt. Während dieses drei Tage vor dem Ersten jeden Monats postnumerando zur Auszahlung gelangt, muß die Dame, die auf ein Honorar für Ueberstunden Anspruch hat, gewöhnlich bis gegen den 16. des fünftigen Monats auf die gegen besondere Quittung erfolgende Auszahlung warten, und nicht selten zögert sie sich noch länger hin. So z. B. war in diesem Monat in manchen Schulen noch nicht einmal am Tage des Schlußschlusses, den 21., die Auszahlung des Ueberstundenlohnes für November erfolgt!

Stellung der Kerkze zu den Krankenkassen. — Der Vorstand der Kerkzettelammern für Berlin und die Provinz Brandenburg hat beschlossen, die Stellung der Kerkze zu den Krankenkassen auf die Tagesordnung der nächsten Kerkzettelammern-Sitzung zu stellen. Entgegen der sonstigen Gepflogenheit sollen für die Verabreichung dieses Gegenstandes Referenten nicht ernannt, sondern etwa eingehende Anträge zur Debatte gestellt werden. Da die vereinigte wirtschaftliche Kommission sich bereits seit Monaten in Verabreichung über die gesetzliche Regelung der freien Arztwahl befindet, sind für diese Materie Anträge von Seiten der Ausschüsse der Berliner ärztlichen Landesvereine mit Sicherheit zu erwarten. Der Geschäftsausschuß der hiesigen ärztlichen Landesvereine wird in seiner nächsten Sitzung am 11. Januar 1899 sich mit der Angelegenheit befassen und seine Stellung zu derselben präzisiren. —

Gasautomaten. Die englische Gasanstalt hat bereits über 200 Gasautomaten in Berlin und in den Vororten aufgestellt. Der Automat liefert 600 Liter Gas für 10 Pf. Der Konsument hat weder Röhre für den Gasmesser noch für die Kochvorrichtung zu zahlen, beides liefert die Gesellschaft mietgeltlich. Bei der städtischen Gasanstalt geht es langsamer. —

Die Postordnung erfährt zum 1. Januar eine Reihe von weiteren, zum Theil wichtigen Änderungen. Von diesen sind für weitere Kreise von besonderem Interesse die folgenden: Das Meistgewicht einer Waarenprobe ist von 250 auf 350 Gramm erhöht. Auf der Rückseite einer Postsendung darf der Absender außer den die Beförderung betreffenden Angaben seinen Namen und seine Adresse nennen. Bei gewöhnlichen und eingeschriebenen Briefen, Postkarten, Druckfachen und Waarenproben sind weitere Angaben, die nicht die Eigenschaft einer brieflichen Mittheilung haben, sowie Abbildungen zulässig, soweit sie nicht die Deutlichkeit, sowie die Anbringung der Stempel-Abdrücke und der postdienstlichen Vermerke beeinträchtigen. Auf Postkarten können Empfänger, Bestimmungsort, Absender und dessen Adresse durch aufgesteckte kleine Zettel bezeichnet werden. Gegen Druckfacentore beschränkt werden auch durch Heliographie, Photographie, Chromographie oder ein ähnliches Verfahren vervielfältigte Gegenstände. Ausgenommen sind nur noch die mittels des Druckdrucks, der Kopierpresse und der Schreibmaschine hergestellten Schriftstücke. Doppelkarten werden zur Druckfacentore auch dann zugelassen, wenn auf der Antwortkarte Postverzeichnisse sich befinden. Postanweisungen kosten jetzt bis 5 M. 10 Pf., bis 100 M. 20 Pf. n. f. w., 400 bis 600 M. 50 Pf., 600—800 M. 60 Pf. Die Wertgrenze, bis zu der Sendungen mit Berthungabe durch die Eilboten bestellt werden, wird von 400 M. auf 800 M. erhöht. —

Neue Verordnung für Dampfapparate. Am 1. April n. J. wird eine in der „Nordd. Allgem. Zeitung“ und im „Anzeiger“ der Reg. zu Potsdam veröffentlichte neue Polizeiverordnung über die Einrichtung und den Betrieb von Dampfmaschinen in Kraft treten. Dampfmaschinen sind nach § 1 d. S. solche Gesäße, deren Beschickung der mittelbaren oder unmittelbaren Einwirkung von anderweit erzeugtem, gespanntem Wasserdampf oder von Feuer ausgeht, sofern im Innern der Gesäße oder deren Beschickungsraum umgebenden Hohlwänden ein höherer als der atmosphärische Druck herrscht oder erzeugt wird. Durch diese allgemeine Definition hat der Bereich der den Bestimmungen unterworfenen Gesäße eine Erweiterung erfahren, die schon seit längerer Zeit nothwendig ersahen. Die Vorschriften über Anlage und Inbetriebsetzung von Dampfmaschinen erleiden namentlich darin eine Änderung, daß jetzt unter allen Umständen eine Abnahmeprüfung vor der Inbetriebsetzung vorzunehmen ist, nach welcher die letztere dann ohne weiteres erfolgen kann. Der Sachverständige, welcher diese Prüfung ausführt, hat Abschrift der Bescheinigung u. f. w. von der Polizeibehörde einzuholen. Die Untersuchung der im Betriebe befindlichen Dampfmaschinen hat vom 1. April 1898 ab alle vier Jahre (bisher sechs) zu geschehen; mindestens alle acht Jahre ist eine Wasserdruckprobe vorzunehmen. Die Besitzer sind mindestens vier Wochen vorher von der bevorstehenden Prüfung zu benachrichtigen. Nach Hauptausbesserungen muß ebenfalls eine Untersuchung stattfinden; in diesem Falle wird also der Besitzer den Sachverständigen Mittheilung zu machen haben. Von Explosionen ist der Gewerbe-Inspektor sofort in Kenntniß zu setzen. Im Betriebsraum sind amtliche Verzeichnisse für den Wärter aufzubewahren. Im Betriebe befindliche Dampfmaschinen, welche bis jetzt den älteren Bestimmungen noch nicht unterliegen, sind innerhalb 12 Monaten (bis 1. April 1900) der Verordnung anzupassen und einem Sachverständigen anzumelden. Bei den bereits untersuchten Dampfmaschinen werden die nun festgesetzten Untersuchungsfristen von der letzten Prüfung ab gerechnet. Wegen Aenderung der Verordnung können der Besitzer des Dampfapparates oder sein Stellvertreter oder der Wärter mit einer Strafe bis zu 60 M. belegt werden. Ausnahmen von den Bestimmungen können nur von dem Minister für Handel und Gewerbe gestattet werden. Die vorgeschriebenen Formulare werden u. a. von Carl Heymann's Verlag, Rauenstr. 44, vorrätzig gehalten. —

Ein königlicher Park mit doppelten Eisenstacheln. Der Park Bellevue wird jetzt an seiner Umgestaltung mit doppelten Eisenstacheln versehen. Aufsehen hat hierzu der Einbruch beim Grafen Eulenburg die Veranlassung gegeben, da die Diebe vom Park aus nach dem Hause an der Brücken-Allee eingestiegen waren. Es soll aber auch das Schreckliche verübt werden, daß Knaben, wie das bisher häufig geschah, über das Gitter kletterten, um den Weg sich abzukürzen. —

Falsche Thalerstücke sind in der letzten Zeit im Norden der Stadt mehrfach im Verkehr aufgetaucht und angehalten worden. Die Falschstücke sind ziemlich plump nachgemacht. Die Schrift ist zwar nicht gerade schlecht, die Vorderseite mit dem Bildniß Friedrich Wilhelm IV. und der Jahreszahl 1860 dagegen zeigt viele Bläschen

zur Erörterung. Gegen den zweiundzwanzigjährigen, der fahrlässigen Tötung beschuldigten Drochsenkutscher Hermann Hase wurde folgender Haftbefehl erlassen: Am 12. April d. J. dem dritten Obergerichte, beauftragt der Angeklagte eine Schankwirtschaft, in der er drei ihm bekannte junge Leute traf. Dem Schenker und vier wurde flehlig zugesprochen, bis der Angeklagte vorkäme, mit seiner vor der Thür haltenden Toxometer-Drochse eine Spazierfahrt zu machen. Die jungen Leute führen von einer Aneide zur andern, bis alle mehr oder weniger betrunken waren. Inletzt hatte einer der Jünglinge, Jozas Bedenken, dem Angeklagten die Bügel zu überlassen, er setzte sich zu ihm auf den Sattel, Hase bestand aber darauf, daß er selbst fahren wolle. Er raste jetzt durch die Straßen, rücksichtslos, als ein „herrschafflicher“ Müllwagen näherte, das Publikum sah ihm kopfschüttelnd nach. Das Unglück blieb dem auch nicht aus. Als der Angeklagte mit unvernünftiger Schnelligkeit, von der Endenstraße kommend, in die Höhe Franziskanerstraße einbog, vermochte der Arbeiter Hase, der den Damm überfahren wollte, dem heranrückenden Fuhrwerk nicht mehr auszuweichen, er wurde zu Boden geschleudert und überfahren. Er ist seinen schweren Verletzungen noch an demselben Tage erlegen. Der Angeklagte kümmerte sich nicht um den Verunglückten, sondern trieb sehr Eifer zu immer schnellerem Gange an, so daß es ihm auch gelang, den Leuten, die ihn verfolgten, zu entkommen. Es hat längere Zeit gedauert, bis er ermittelt werden konnte. Der Staatsanwalt beantragte eine Gefängnisstrafe von einem Jahre, der Gerichtshof hielt dies Strafmaß aber mit Rücksicht auf die beispiellose Privatheit, mit der der Angeklagte ein Menschenleben vernichtet hatte, für viel zu niedrig und erkannte auf zwei Jahre Gefängnis.

Die zahlreichen Eisenbahn-Diebstähle, welche in den Jahren 1897 und 1898 auf dem Bahnhof Grunewald an Eisenbahn-Frachtgütern verübt worden sind, beschäftigten getrennt die zweite Strafkammer am Landgericht II. Aus der Untersuchungshaft freigesetzt, hatten auf den Angeklagten Platz zu nehmen: 1. Rangierer Wilhelm Kuschel, 2. Rangierer Josef Schwuy, 3. Rangierer Kaspar Köpfer, 4. Rangierer Robert Schröder, 5. Eisenbahn-Kocher Heinrich Wuttke, 6. Eisenbahnarbeiter Hermann P. u. w. 7. Arbeiter Johann Waldmüller, 8. Rangierer August Jöbel und 9. Hilfs-Beiwagenführer Wilhelm Hartwig. Der Angeklagte zu 1 ist des Diebstahls in drei, der Angeklagte zu 2 des Diebstahls in zwei, die übrigen Angeklagten sind des Diebstahls in je einem Falle beschuldigt, alle diese Diebstähle werden aber durch den Umstand erwirkt, daß sie auf einem Eisenbahnhof an Reisegepäck oder anderen Gegenständen der Beförderung mittels Absteigens oder Absteigens der Beförderung oder Bewachungsmittel u. s. w. begangen worden sind. Die Angeklagten bestreiten sämtlich ihre Schuld. Der Haftbefehl ist folgender: Im vorigen wie in diesem Jahre wurden auf der Strecke Berlin-Magdeburg und darüber hinaus zahlreiche Diebstähle theils gemeldet, theils entdeckt. Diese Diebstähle ereigneten sich ebensoviele auf die Beförderung von Frachtgütern, wie auf Koffer und Reisegepäck, welche der Eisenbahn zur Beförderung übergeben waren. Indessen können derartige Diebstähle nur höchst selten zur bahnamtlichen Untersuchung gelangen, da das Publikum Koffer und Körbe unbeschildert abzugeben pflegt, so lange sich nicht äußerlich handliche Spuren gewaltthätiger Entwendung zeigen. Die erfolgte Abnahme verbindet die Bahnverwaltung von jeder Verantwortlichkeit, wenn aber die Beschlossenen nach der Abnahme bemerken, daß ein Theil des Inhalts der mit der Bahn beförderten Behältnisse fehlt, so lehnt die Bahnverwaltung nicht allein jegliche Verantwortung, sondern auch jegliche Recherche ab, und die Diebe können ihr Handwerk ungehindert fortführen. So auch in diesem Falle. Nun war aber vor einigen Monaten der Berliner Expeditionsverein in einer Anzahl von Fällen regreßpflichtig gemacht worden, weil in Köln, Frankfurt a. M., Magdeburg, Chemnitz etc. Frachtgüter eingetroffen waren, die erhebliche Defekte aufwiesen. Der Expeditionsverein wandte sich an die Berliner Kriminalpolizei, welche den Kriminalkommissar Köhler mit den Recherchen in der Sache betraute. Dieser Beamte konstatierte zunächst, daß die sechs vollendeten und der eine verfaßte Diebstahl, die ihm unterbreitet waren, sämtlich auf dem Rangirbahnhof Grunewald verübt worden sein mußten. Er ermittelte bald die Diebe. Der Gerichtshof nahm bei Schröder und Wuttke nur Diebstahl als vorliegend an und verurtheilte Schröder zu drei, Wuttke zu fünf Monaten Gefängnis, wovon jedem ein Monat auf die Untersuchungshaft angerechnet wurde. Bei den übrigen Angeklagten mit Ausnahme von Jöbel und Hartwig, wurde nur einfacher Diebstahl angenommen, weil die Klomben unversehrt gefunden worden sind, das Abschneiden der Verschlüsse demnach nicht nachgewiesen ist. Das Urtheil lautet demgemäß für Kuschel auf ein Jahr, für Schwuy, Köpfer, Buchwald und Waldmüller auf je sechs Monate Gefängnis. Bei Jöbel und Hartwig wurde schwerer Diebstahl angenommen, weil in deren Falle ein Wagenplane zerstückelt worden war, bevor ein Rollen Stroh geflochten wurde, doch bewilligte der Gerichtshof auch diesen mildernden Umstände und verurtheilte sie ebenfalls zu je sechs Monaten Gefängnis. Sämtliche Haftbefehle wurden aufgehoben und die Angeklagten auf freien Fuß gesetzt.

Verhandlungen.

Die Berliner Gewerkschaftskommission hielt am 22. Dezbr. eine öffentliche Versammlung ab, in welcher zunächst Willarz eine fleißige geschäftliche Mittheilungen machte, u. a. daß er sich von Dr. Jostrow herausgegebene Zeitschrift „Der Arbeitsmarkt“ den Gewerkschaften zum Preise von 1 M. pro Jahr zur Verfügung stelle, wenn dieselbe durch das Gewerkschaftsbureau bezogen würde, und zweitens eine Mittheilung der Direktion des Urona-Theaters betreffend Veranstaltung von Projektions-Vorträgen. Sodann wurde Knoll (Steinbock) in den Gewerkschaftsausschuß gewählt. Ueber die Angelegenheit der Handelshilfsarbeiter und die Vorkommnisse beim Streik der Privatpost-Angestellten erörterte Sagen namens des Ausschusses Bericht. Bezüglich der Einigungsversuche, die der Ausschuss zwischen den beiden Richtungen unternommen hat, hätten die Vertreter der Lokalsorganisationen stets mehr Entgegenkommen gezeigt, als die andere Richtung. Redner verwarf den Ausschuss dagegen, daß derselbe die Absicht habe, Schumann „abzumurren“, indem gesagt worden sei,

man hätte denselben verurtheilt, ohne ihn gehört zu haben. Die über den Privatpost-Streit zu Tage gekommene Thatsachen, wobei auch Schumann zugezogen worden sei, hätten genügendes Material ergeben, sodah man nur bei der Fällung des Urtheils Schumann nicht mehr hinzuzuziehen hätte. Wie der Streik „geleitet“ worden sei, ergebe sich daraus, daß beispielsweise von 500 Witten 178 Stück geleistet haben. Redner schlägt im Auftrage des Ausschusses nachstehende Resolution vor:

„In der Streitsache der Handelshilfsarbeiter beschließt die Versammlung Uebergang zur Tagesordnung.“
Bezüglich des Streiks der Privatpost-Angestellten ist der Nachdruck nicht zu erbringen gewesen, daß Schumann in demselben Gelder unterschlagen hat. Der Ausschuss der Berliner Gewerkschaftskommission ist jedoch nach eingehender Prüfung zu der Ueberzeugung gelangt, daß während der ganzen Bewegung der Privatpost-Angestellten mit einer in der Arbeiterbewegung nicht gebührenden, unverantwortlichen Leichtfertigkeit gearbeitet worden ist. Der Ausschuss ist deshalb zu der einseitigen Ueberzeugung gelangt, daß Schumann nicht gezeugnet ist, eine verantwortliche Vertreterschaft in der Arbeiterbewegung zu bekleiden.“

Hoffmann (Handelshilfsarbeiter) erklärt es für eine ebenso große Leichtfertigkeit seitens des Ausschusses, daß derselbe die Angelegenheit fast zwei Jahre lang hingenommen habe, ehe derselbe zu der Einsicht gekommen, daß Schumann keine Unschuldigen nachzuweisen seien. In dieser Zeit haben sich aber Gerüchte auf Gerüchte, Verdächtigungen auf Verdächtigungen gegen die Person Schumann's gehäuft. Daß der in Rede stehende Streik so wenig planmäßig geführt worden sei, läge daran, daß derselbe erstlich gänzlich unvorbereitet und zweitens gegen den Willen der leitenden Personen ausgedrungen sei. Und als letzteres geschehen sei, da hätten sich die Leiter der Organisation auf einer Konferenz in Halberstadt befunden, hätten also bei ihrer Rückkehr von dort vor vollendeten Thatsachen gestanden. Sodann hätten sich die Schwierigkeiten noch gehäuft, weil gerade zu derselben Zeit die Abzweigung der zentralen Richtung sich vollzogen. Dadurch sei denn die Verbindung mit vielen Kollegen verloren gegangen, die Listen vom Streik und dergleichen gehabt haben. Schumann selbst habe nur drei Listen ausgegeben; auch habe derselbe gar nicht im Bureau gearbeitet. Was den vielberufenen Menschenhater über die 100 M. betrifft, so wäre die Sache schneller und glatter erledigt worden, wenn der Kongress nicht, gegen den Willen Schumann's, beschlossen hätte, daß ein etwaiger Uebergang des Streiks der Ruffe des neugegründeten Zentralverbandes zuzuführen solle. Auch seien die fehlenden Gelder hauptsächlich an einer anderen Stelle verbucht worden. Sch. habe dann selber darauf hingewiesen, daß die Ungehorsamkeit der Gewerkschaftskommission überwiesen worden. Schumann betont, daß er zur Untersuchung seiner persönlichen Angelegenheiten nicht vor den Ausschuss geladen worden sei. Kommissar sei er allerdings Leiter des Streiks gewesen, praktisch aber habe er in demselben gar nicht eingegriffen können, da ihn seine Berufsarbeit oftmals bis abends 9 und 10 Uhr in Anspruch genommen habe. Auch habe man ihm die Einsicht in das Verzechniß der Streikempfänger verweigert, er hätte sonst vielleicht noch manchen derselben ausfindig machen können. Ein der Hand eines Ausschnittes aus dem „Hamburger Echo“ weist Redner Johann nach, daß man über den Inhalt der gegen ihn gerichteten Resolution in Hamburg schon am 7. Dezember diskutiert habe, während dieselbe in Berlin erst am 10. Dezember zum ersten Mal veröffentlicht worden sei. Von den Handelshilfsarbeitern zentraler Richtung sprachen wiederholt Dertel, Dreher, Hoffmann und Schumann; erstere drei erklären, daß selbst bei Annahme der Resolution des Ausschusses Schumann von seiner Gewerkschaft nicht fallen gelassen würde, man würde ihn eventuell als Delegirten in die Gewerkschaftskommission wählen. Jahn und Tischen, böcher erklären, daß die Schuld an den vorgekommenen Unregelmäßigkeiten hauptsächlich nicht Schumann allein, sondern die gemeinsame Streikleitung und in letzter Linie die Handelshilfsarbeiter insgesamt treffe. Der letztere Redner hält es für einen Fehler, die Schuld in persönlichen Namen zu behandeln, da damit zugegeben würde, daß das Schicksal von Lohnbewegungen überhaupt in den Händen einzelner Personen ruhe. Redner beantragte eine in diesem Sinne gefaßte Resolution. Ueber den Genannten beteiligten sich, zum Theil wiederholt, noch an der Diskussion Brüderlein, Bism, Altholdt, Lind, Jaed, Hagen, Rein, Brandes, Schertel, Knoll, Simjon, Göy und Dablin. Willarz theilt mit, daß die Angelegenheit der Ausschuss in 27 Sitzungen beschäftigt habe. Bei der Abstimmung wird die Resolution des Ausschusses nur in ihrem ersten Theile und zwar einstimmig angenommen, dagegen der zweite, auf den Privatpost-Streit und die Person Schumann's bezügliche Theil abgelehnt, ebenso ein Vorschlagsantrag Knoll, welcher der Resolution des Ausschusses die scharfe persönliche Spitze nehmen wollte. Gleichfalls abgelehnt werden zwei von Lisgenbrüder und Dablin gestellte Resolutionen, dagegen gelangte folgende, von Göy eingebrachte Resolution mit erheblicher Mehrheit zur Annahme: „Nach eingehender Aneignung der Schumann'schen Angelegenheit erachtet die heutige Versammlung u. a. daß Schumann in höchst leistungsfähiger Weise die Geschäfte der Streikkommission resp. der Streikorganisationen geführt hat und spricht demselben aus diesem Grunde den schärfsten Tadel aus.“ Unentschieden fehlten die Vertreter folgender Gewerkschaften: Pananzschlager, Wötcher, Pfleisleger, Glaser, Handschumacher, Sandler, Rittgenmacher, Kämpfer, Schmeide, Raschmisten und Heizer, Mühlmann, Vorkommnisse, Schriftführer, Stadtarbeiter, Studentenre und Klyographen.

Freiwillige Gemeinde. Sonntag, 25. Dezember, vormittags 10^{1/2} Uhr, im großen Saal der Berliner Messe, Kommandantenstr. 57: Vortrag des Herrn Dr. Bruno Wille. Montag, den 26. Dezember, vormittags 10^{1/2} Uhr ebenfalls: Vortrag des Herrn Professor Albert Gehrter: Weihnachtsgedanken. Gäste willkommen.

Vermischtes vom Tage.

— In Sagan ist eine große Luftfabrik völlig niedergebrannt. — Innerhalb weniger Tage wurden 240 Eisenbahnwagen sibirischen Weizens nach Schlesien geliefert. Die russische Weizen-Ausfuhr nach Deutschland betrug im Jahre 1896: 677, 1897: 3111, 1898: 4403, 1899: 22 603, 1900: 29 886 Doppelzentner. — Im Theater zu Düsseldorf gab es am vorigen Sonntag nicht geringe Aufregung. Es sollte „Biquon“ aufgeführt werden;

die Trägerin der Titelrolle war aber verschwinden, und erst in letzter Stunde konnte die Verlegenheit der Direktion durch das Eintreten einer Schauspielerin aus Köln behoben werden. Am Dienstag gab die Vernehmende von Berlin Nachricht, daß sie ihren Vertrag mit der Düsseldorf'schen Theaterleitung löste; sie habe — sich verheiratet und befinde sich auf der Hochzeitsreise. — Ein erst vor kurzem nach siebenjährigem Aufenthalt in Frankreich zu seiner Familie zurückgekehrter Eisenarbeiter in Höchst verurtheilte seine Frau zu erorden. Er verheiratete sich mit einer 20 cm langen messerscharf geschliffenen Feile mehrere lebensgefährliche Stiche. Er giebt an, er habe erst seine Frau und dann sich selbst ermorden wollen. — In Dalkenau bei Meeder legte der Knecht eines Goldbesizers ein geladenes Gewehr, das zum Schießen von Maiten diente, auf ein Dienstmädchen im Scherz mit den Worten an: „Jetzt schicke ich Dich tod!“ Ein Schuß ging los und zerquetschte dem Mädchen den Kopf. — Die Wiener Wochenchrift „Die Wage“ wird im Laufe des Monats Januar eine Aufführung von Gerhart Hauptmann's „Webern“ veranstalten. Der Juristurschwerfkeits halber wird diese Aufführung an einem Sonntag-Nachmittag — in Preßburg stattfinden. — Zugzusammenstoß. Auf der Moskauer-Brestler Bahn ist bei der Station Bofary ein von Moskau nach Warschau gehender, aus zwei Lokomotiven und siebzehn Wagen bestehender Personenzug mit einem Güterzug zusammengefahren. Eine Lokomotive und drei Wagen des Personenzuges, sowie fünf Wagen des Güterzuges wurden zertrümmert; fünf Personen sind todt, dreizehn schwer oder leicht verletzt. — In New-York ist eine Grippe-Epidemie ausgebrochen. Sie verbreitet sich schnell über die großen Städte des Ostens. Auf der Universität Yale sind 400 Studenten und 50 Professoren an der Grippe erkrankt. — Anfolge von Hochwasser sind in Schantung die Uferländer am Weißen Fluße überfluthet.

Besten Gesundheitsreisen. Aquarium. Unt. d. Linden 68a. Täglich 9-7. Eintritt 1 M., Sonntag 50 Pf. — Ausstellung des Vereins Berliner Künstler. Wilhelmstr. 92/93 (im „Kraftschloß“). Täglich 10-4, Sonntag 11-2. Eintrittspreis 50 Pf. — Ausstellung moderner Kunstwerke von Eduard Schuffe, Kunsthandlung. Unter den Linden 1, Ecke Pariser Platz. Täglich 10-7, Sonntag 10-3. — Bibliothek, Königl. Am Opernpl. Beschäftigung Montag und Freitag 1-2. — Botanischer Garten. Südostseite Straße 75. Täglich v. 8-7 und jeden zweiten Sonntag im Monat u. 9-7. Unentgeltlich. — Botanisches Museum. Grunewaldstr. 8-7. Montag und Donnerstag 8-6. — Central-Bibliothek. Eidenstraße (Wiltw. und Boemittig Hausverleger). Beschäftigung des Bibliothekars, der Schlichter, des Gassen, die man im Verwaltungsbureau erhält. — Gynäkolog. Museum. Köpenickerstr. 22/23. Sonntag 12-6, Dienstag u. Freitag 10-2. — Institut f. Ophthalmologie, Königl. Charlottenburg, Behmerstr. 6. Beschäftigung 9-11 u. 1-4. — Kunstgewerbe-Museum. Zeughaus. Täglich, außer Montag und die ersten Feiertage sowie Charfreitag, Samstags und Ruhig. 9-3, Sonntag 12-6. — National- und Provinzial-Museum. Breitestr. 2a. Sonntag von 11-1/2. Montag und Donnerstag 11-3. — Museum (alt und neu). Am Dönhofsplatz. Beschäftigung siehe Kunstgewerbe-Museum. — Museum der vaterländischen Geschichte. Invalidenstr. 44. Beschäftigung, außer Sonntagen, 12-2, Sonntag 12-6. — Museum für Naturkunde. Invalidenstr. 43. Montag und Sonntagen 11-3, Sonntag 12-6. — Museum für Völkerkunde. Köpenickerstr. 120. Beschäftigung: Kunstgewerbe-Museum. — Museum Deutscher Volkstrachten. Köpenickerstr. 36. Tägl. außer Mittwochs 11-2. Eintritt 50 Pf. — National-Gallerie. Wilhelmstr. 63. Sonntag 12-6, Dienstag u. Sonntag 10-3. — Nosophitium (Caban, Heilich und Schenker-Ges.). Kögl. 9-10. — Passager-Vaupitium. Unter den Linden 22. — Panoramama. 1. Sternstr. 4. 2. Sternstr. Alexanderplatz 3. 3. In der Wolfenbüttelstr. 4. 4. Köpenickerstr. 9-8. — Porzellan-Manufaktur, Königl. Porzellan (Königsarten). Dienstag bis Freitag 9-12 Uhr. — Rathhaus. Tägl. außer Sonntagen und Freitag 11-3. (Theater tagl. 8-9). — Rauch-Museum. Köpenickerstr. 78. Außer Sonntagen 10-4. — Reichs-Solkunium. Leipzigerstr. 15. Tägl. 11-2, außer Mittwochs und Sonntagen, Sonntag 12-2. — Reichshaus. Beschäftigung Sonntags 9, bis 9^{1/2}, Sonntags 2-4, 50 Pf. — Rudolphshaus (Jugendhaus). Tägl. außer Sonntagen 10-2, Sonntag 12-3. — Schulmuseum. Stallhofstr. 54. Sonntags 11-1. Mittwoch 3-4, Sonntags 2-6. — Technische Hochschule, Königl. Charlottenburg, Behmerstr. 161. Gynäkolog. Museum Sonntags 10-12. Deutsches Schützenmuseum Dienstag u. Donnerstag 10-12, Mittwoch 12-3. Reichstheatermuseum Montag und Freitag 10-3, Dienstag und Donnerstag 12-3, Mittwoch 10-12. — Ursula-Laudenstraße und Invalidenstr. — Zoologischer Garten.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde wird Dienstag, Donnerstag und Freitag abends von 7^{1/2} bis 8^{1/2} Uhr abgehalten.
S. S. 3377. Wir werden die von Ihnen angeregte Angelegenheit im Auge behalten.
S. S. 100. 1. Unverständlich. 2. Ja. 3. Nein. — D. P. 1. Nein. 2. Ja. — Frau Krüger. Wir können (schlicht) keine Antwort ertheilen. Kommen Sie in die Sprechstunde. — S. S. 33. Nein. — S. S. 3. G. Ernst. 1. Die 5 M. alten. Wegen der hohen kann keine Uaunabingung in Freiheitsstrafe erfolgen. 2. Ja damit beantragt. Wenn Sie 3. 4. Wollen lassen. 5. und 6. Senden Sie das Material ein. — G. R. — Zimmermann. Sie müssen zum Termin erscheinen. — Freibeuter. 31. Nein. — Grotlow. 4 Wochen nach Heiligkeit. — M. 400. Nein. — Kreuzberg. Nach der Sachverhalt genau stimmt, haben Sie Anspriech. — S. S. 3. Nein, noch 2 B. — Ledmann. 1. Ja. 2. Ja. — F. H. Hart. Wir beantworten Fragen nicht schriftlich. Die Worte steht Ihnen zur Verfügung. Es bleibt nur der Alogweg übrig. — Müller. Nein.

Witterungsübersicht vom 23. Dezember 1898, morgens 8 Uhr.

| Stationen | Barometer-Höhe am Morgen | Windrichtung | Witterung | Temp. in C. 6-8 Uhr | Stationen | Barometer-Höhe am Morgen | Windrichtung | Witterung | Temp. in C. 6-8 Uhr |
|------------|--------------------------|--------------|---------------|---------------------|------------|--------------------------|--------------|-----------|---------------------|
| Hohensand | 774 | SW | 2. Mitt. bed. | 3 | Caparanda | 761 | SW | — | 10 |
| Damburg | 777 | SW | 1. Nebel | 1 | Petersburg | 761 | SW | — | 10 |
| Berlin | 775 | SW | 2. Bedeckt | 3 | Kort | 776 | SW | — | 10 |
| Wittenberg | 775 | SW | 1. Bedeckt | 4 | Ardenen | 750 | SW | — | 6 |
| Wilmshagen | 777 | SW | 2. Bedeckt | 3 | Paris | — | — | — | — |
| Wien | 775 | SW | 4. Schnee | 7 | — | — | — | — | — |

Wetter-Prognose für Sonnabend, den 24. Dezember 1898. Zunächst ausfallend, etwas später bei mäßigen bis kalten klaren Winden; nachher neue Erwärmung und Lebhafte ohne erhebliche Niederschläge. Berliner Wetterbureau.

Arbeiter-Radfahrer-Verein „Berlin“.
Am 2. Feiertag: Vorwärtung des Wald zum Frühjahrsfest.
Am 3. Feiertag: Tour nach Adlershof bei Schwansee. Abf. 2 Uhr, Schließung 2 Uhr.
Am 1. Neujahrstag: Weihnachts-Veranstaltung bei Wille. 19/13
Tapezieren und alle Freunde laden zum Frühjahrsfest am ersten Weihnachts-Feiertag ergehen ein
Ernst Pinner, Schützenstraße 18/19, 20765

Tafelgeräthe
aus Silber, Alfenide und Nickel,
Essbestecks aus massiv Silber u. Alpaca-Silber,
Alboid-Kaffeervice, das Haltbarste und Billigste der Gegenwart, empfiehlt
Max Busse, Uhren- und Goldwaaren-Handlung,
Brunnenstr. 17B, parterre und I. Etage.

Zu den Feiertagen!
Die größten Stellen u. Nappkuchen, von Glatte und Schokolade, sowie das größte Brot und Bäckerbrot liefert: Dr. Franziskastraße 87 II. 2. r. Straußbergerstr. 6, Gröner Weg 20, Primmstr. 64.
Berl. Dampf-Brotfabrik
Paul Neubauer Jr. 4403*

Dr. med. Schaper,
privat hantopar. Arzt u. Spezialarzt f. Gicht, Gicht, Gelenksentzündungen, Frauenkrankheiten. Sor. 9-1, 4-8
Schönberger Ufer 25.
Homböppel. Poliklinik:
Montag, Mittwoch, Sonnabend 10-12, 7-8.
Friedrichstraße 111. I. (2533*)

Teppiche
mit feinen Webereien,
Solen u. Salons, Größe 5, 6, 8, 10, 12-100
Kaufpreise 40, 50, 60, 70-150.
Gardinen-Stores, 2, 3, 12, 12.
Portieren, Tischdecken,
Stoppdecken, Bettvorleger,
erkanntlich billig.
A. Michaelis, Berlin SW
Friedrichstr. 7. (2092*)

Betten. Stopp, Gardin, Portieren, Gardinen, Stores, Wände, Bettdecken.
Winterpaletts, Regale, Kamin, Holz, Eisen, Metall, verkanntlich billig.
Pfandlohe Raubentwahr 6.*
Fahrräder
von 20,00 an, Ziegenhader billig.
Eigene Werkstätten. Zeitlichung.
30055 **Karras, Langestr. 93.**

Hüte
für Herren u. Knaben
unbedingt am billigsten in
Kleistmann's Fabrikation,
Marlannstr. 33 pt., kein Vaden.
Empfehle allen Genossen, Kollegen,
Freunden und Bekannten mein
Reiß- und Baisrissblei-Lokal
Bereits-Zimmer mit Pianino, bis
80 Personen fassend. 4990*

W. Georgi,
Frankfurter Allee No. 70.
Prachtvolle
Weihnachts-Geschenke
sind: sprach. Papagelen, schön singende
Kanarienvogel, singende Waldhohle
von 50 Pf. an. Angelegte in großer
Auswahl **Dresdenerstr. 28,**
am Kranienplatz.

Möbel, baar u. Theilzahlung,
billigste Preise!
Zu den Weihnachtsfeiern:
2 Riesen-Kegelhähnen,
3 Bierstühle, 2 Stühle, 2 Stühle,
Pfeper, Kreuzbergstr. 43. (2442*)
50 Pst. mit Unterpreis
aus 100 Pst. an. Angelegte in großer
Auswahl **Dresdenerstr. 28,**
am Kranienplatz. (2467*)
Reel und billig
faust man in der Norddeutschen Schiff-
fabrik von **W. Hirschke,** ge-
gründet 1872, **Faßbergstr. 13.** *
Kundenliste, am Kranienplatz.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.
Heute Sonnabend bleiben sämtliche Theater geschlossen.

Schiller-Theater
(Wagner-Theater).

Sonnabend: Geschlossen.
Sonntag Nachm. 3 Uhr:
Wilhelm Tell.
Abends 8 Uhr:
Die Hugenotten.
Montag Nachm. 3 Uhr:
Das Lumpenkindel.
Abends 8 Uhr:
Was ihr wollt.
Dienstag Nachm. 3 Uhr:
Des Meeres und der Liebe Wellen.
Abends 8 Uhr:
Ehrliche Arbeit.

Opfer-Carl Reiz-Theater.
Gr. Frankfurterstr. 132.

Wegen Vorbereitung zu dem sensationellen Ausstattungsstück
Der Brandstifter
bleibt das Theater heute geschlossen.
Sonntag Nachmittags 3 Uhr: **Luft Jonas.** Montag Nachmittags 3 Uhr: **Vorberbaum und Bettelstab.** Dienstag Nachm. 3 Uhr: **Die Grille.** Abends: **Der Brandstifter**, unter persönlicher Leitung des Komponisten. Anfang 7 1/2 Uhr.

Thalia-Theater.
Dresdenerstr. 72/73.

Sonnabend: Keine Vorstellung.
Sonntag:
Gastspiel Helmerding.
Der Eva-Äpfel.
Bühne in 3 Aufzügen von S. Jacobson. In freier Umarbeitung des Stückes „La Calotte“ von Sylvane u. Arius. Anfang 7 1/2 Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Metropol-Theater.
Behrenstr. 57/58. Dir. Rich. Schultz.

Heute Sonnabend geschlossen.
Morgen (1. Feiertag) zum 1. Male: **König!** **König!**
Die kleinen Michu's.
Operette in 3 Akten von A. Santio und G. Duval.
Musik von André Messager.
Heraus:
Die Engelsjäger.
Gr. Ballet in 12 Bildern von G. Regel. Musik von Hof. Bayer.
Anfang der Vorstellung 7 1/2 Uhr. Ein Nachmittags-Konzert findet am 1. Feiertag nicht statt.
Am 2. Feiertag, nachmittags 3 Uhr: **Grosses Promenaden-Konzert.** Abends 7 Uhr, zum zweiten Male: **Die kleinen Michu's** und **Die Engelsjäger.**
Am 3. Feiertag, nachmittags 3 Uhr: **Grosses Promenaden-Konzert.** Abends 7 1/2 Uhr, zum dritten Male: **Die kleinen Michu's** und **Die Engelsjäger.**

Luisen-Theater
31. Weidenbergerstr. 31.

Heute geschlossen.
Sonntag (1. Feiertag) Nachm. 3 Uhr zu keinen Preisen:
Die Räuber.
Abends 8 Uhr:
Um's liebe Geld.
Montag (2. Feiertag), Nachm. 3 Uhr, zu keinen Preisen:
Nean oder Genie u. Leidenschaft
Abends 8 Uhr:
Um's liebe Geld.
Dienstag (3. Feiertag), Nachmittags: **Fröhliche Weihnacht.**
Abends 8 Uhr:
Um's liebe Geld.

Olympia-Theater
(Circus Reiz) Karlstraße.

Heute, des heiligen Abends wegen: **Keine Vorstellung.**
Morgen, sowie am zweiten und dritten Weihnachtsfeiertage, nachmittags 3 1/2 Uhr:
Dornröschen.
Besonders hervorzuheben:
Die Bonbon-Kanone.
Halbe Preise. 1 Kind frei.
Abends 8 Uhr:
Mene Tekel.

Circus Renz-Riesen-Tunnel.
Direktion: J. M. Hütt.

Täglich: **Grosses Konzert** der Hauskapelle unter Leitung des Musikdirektors Herrn Otto Körner und **Extra**
Spezialitäten-Vorstellung
unter Regie des beliebten Humoristen Gustav Kluck.
Das vorzügliche neue Weihnachts-Programm.
Ernst und Scherz.
Auf. Wochent. 9 1/2 Uhr, Sonnt. 5 Uhr.
Entrée Wochent. 10 Pf., Sonnt. 30 Pf.

Urania

Taubenstrasse 48/49.
Im Theater:
Am ersten Feiertag:
Die Urzeit des Menschen.
Invalidenstr. 57/62:
Tägl. Sternwarte.

Passage-Panopticum.

Geöffnet von 9 Uhr früh bis 10 Uhr abends. Nur noch wenige Tage:
Das Flammenweib
und der Verwandlungs-Schauspieler Ugo Paladini.
Heute 25 Pf. Entree.

Castan's Panopticum.

Die **SIOUX-INDIANER** sind da!

Central-Theater
Direktion: José Ferenczy.

Heute geschlossen.
1. Weihnachtsfeier, nachm. 3 Uhr, zu halben Preisen:
Die Fledermaus.
Operette in 3 Akten von J. Strauß.
Abends 7 1/2 Uhr:
Die Geisha
oder: Eine japanische Theaters-Geschichte.
Operette in 3 Akten v. Sidney Jones.
2. Weihnachtsfeier, nachm. 3 Uhr, zu halben Preisen:
Der Bettelstudent.
Operette in 3 Akten von G. Müllner.
Abends 7 1/2 Uhr:
Die Geisha.

Feen-Palast-Theater
Burgstr. 22. Burgstr. 22.

Bis zu den Weihnachtsfeiertagen geschlossen.
Am 1., 2., 3. Weihnachtsfeiertag
Gr. Fest-Vorstellung.
Neues sensationelles Programm.
Rich. Winkler und Wih. Fröbel in dem aktuellen Stoffstück **Das Blumenmädchen vom Sack'schen Markt.**
Anfang 6 Uhr. Entree 10 Pf. Vorverkauf Born. 11-1 Uhr.

Apollo-Theater.

Heute Sonnabend, den 24. Dezember: **Geschlossen.**
An den drei Weihnachtsfeiertagen: **Grosse Spezialitäten-Vorstellung.**
Sonnabend, 31. Dezember: **Grosse humoristische Sylvesterfeier.**

Reichshallen.
Heute keine Soiree. An allen 3 Feiertagen: Gr. Weihnachts-Soiree der **Stettiner Sängers** (Mensel, Weiss, Britton, Seidel, Krone, Nahl, Schneider und Schrader.)

Montag (2. Feiertag) mittags 12 Uhr **Grosse Weihnachts-Mallée** der Stettiner Sängers. Entree 50 Pf.

CIRCUS BUSCH
Sonnabend, an 24. Dezember 1898: **Geschlossen.**
Morgen, Sonntag, 25. Dezember und Montag, 26. Dezember (1. und 2. Feiertag):
2 gr. brillante Vorstellungen.
Nachm. 4 Uhr und abends 7 1/2, 10 Uhr:
PERSIEN.

Volks-Theater im Welt-Restaurant
Dresdener-Strasse 97.

Dir.: A. Kollg. Krit. Leiter: A. Runge
An allen 3 Weihnachtsfeiertagen:
Grosse Gala: Zerstreuung und Theater-Vorstellung.
Novität: **Turch die Blume.** Grosse Ausstattungs-Operette.
Unter Polizei-Aufsicht. Geleitet durch Audi Saberto, phänomen. Jongleur, Rudinis, Baubergparodisten.
Anfang 6 Uhr. Ende 11 Uhr.

W. Noack's Theater
Brunnenstr. 16.

An allen drei Weihnachtsfeiertagen: **Neu! Neu! Das Alpenröschen.**
Märchen-Pöke mit G. Lang und Tanz in drei Akten von G. Lindner. Musik von Comrad.
Am 2. und 3. Feiertag:
Nach der Vorstellung: **Lanzfranzjäger.**

Mähr's Theater
Cranienstr. 24.

Heute geschlossen.
Am 1., 2. und 3. Weihnachtsfeiertag:
Große Fest-Vorstellung.
Das Weihnachtspräsent.
Sportmädels.
Aufang an den Wochentagen 8 Uhr. Sonntag 6 Uhr.
Bühne haben Wochentags Billigkeit.
Abend: Sonnabend, 31. Dezember:
Gr. Sylvester-Vorstellung mit **Ball.**

A. Frankl's Théâtre Variété
Königlicher Fischmarkt 6.

Grosse Spezialitäten-Vorstellung.
Neues **Dezember-Programm.**
Kulturen der russ. Färbia
von Dragomann.
Anfang 7 1/2 Uhr. Sonntag 5 Uhr.

Aleazar-Theater
Dresdenerstr. 52/53. City-Passage.

Direktion: Richard Winkler.
Geschlossen.
Wieder-Gründung am **Sonntag, 25. Dezember cr.** (1. Weihnachtsfeiertag).

Moabiter Gesellschaftshaus,
Alt-Moabit 80-81.

1., 2. und 3. Feiertag, sowie jeden Sonntag und Mittwoch:
Konzert, Ensemble-Szenen,
Spezialitäten-Vorstellung
mit darauf folgendem **TANZ.**
Entrée 30 Pf.

Concerthaus.
Leipzigerstr. No. 48.

Geschlossen.
An allen drei Feiertagen
Anfang 7 Uhr
wechselndes vorzügliches Programm!

Ehe Trauringe
Goldwaaren
Uhren

kaufen, beachten Sie unsere er-mäßigten billigsten Preise! Welche Beständigkeit die von uns geführten Trauringe haben, beweist wohl am besten, das die Fabrik im Jahre 1895 22 000 Stück im Jahre 1897 21 000 Stück angefertigt hat. Einzelverkauf von Goldwaaren u. Uhren zu bisher nur an Fabrikations-orten üblichen Preisen; bei Vergleichen werden Sie finden, das unsere Preise einzig dastehen!
E. Wolf & Stiller,
Goldwaaren- und Uhren-Industrie,
Friedrichstr. 68,
Hof parterre, kein Laden,
zwischen 477L*
Lauben- u. Mohrenstraße.

Verpfändet gewesene
goldene, silberne Remontoir-Uhren mit schweren Gehäusen und feinsten Werken unter zweijähriger Garantie, Regulatoren, goldene Ketten, Ringe, Brillant-Ringe, Ohrringe, Broches, Nadeln, Armbänder, alles in modernsten Façons, verkauft spottbillig
Concess. Leihhaus
Neue Schönhauserstr. 11, I.

Damenjaquettes
6-8 Str. Dragonenstr. 127, III. (30705)

ESSET SEEFISCHE

jederzeit denn:

Seefisch ist das billigste und beste Volksnahrungsmittel, ersetzt das Fleisch vollständig und ist überaus wohlschmeckend und bekömmlich.

Kochrezept zu Weihnachten und Neujahr.
Seefische in Bier zu kochen.

Hierzu kann man Schellfisch, Cablan, Seehecht, Seelachs, Austerfisch, Knurrhahn, sowie Goldbutt (Scholle) und Goldbarsch verwenden.
Anstatt einen der oben genannten Seefische in Salzwasser zu kochen, kann man ihn auch - ähnlich wie Karpfen oder Brachsen (Bleie) in Bier kochen. Nachdem der Seefisch gereinigt, in Stücke geschnitten und gesalzen ist, thut man in eine flache Kasserolle Pfeffer, Zwiebeln, Lorbeerblätter, Nelken, Zitronenscheiben, etwas Roggenbrot oder einige Stücke braunen Kockuchen und hin und wieder ein Stückchen Butter, legt dann die Fische hinein, giesst soviel Braumbier oder Weissbier darauf, dass die Fische gut bedeckt sind, lässt sie rasch ankochen, nimmt den Schaum ab und lässt sie bis zum Garwerden ziehen. Nun schüttet man Butter und Mehl hellbraun und giebt es zur Sauce. Sind die Fische gar, nimmt man sie vorsichtig heraus, lässt die Sauce noch tüchtig kochen, dass sie recht gebunden ist, giebt dann noch ein Glas Weisswein oder auch ein kleines Gläschen Rum, etwas Zucker und, wenn es angeht, zur Verschönerung der Sauce, einen Theelöffel voll Fleischextrakt hinzu. Nun rührt man die Sauce durch ein Sieb und richtet sie über den Fischen an, kann sie aber auch ohne dem auf die Fische giessen, nachdem man dieselben mit einigen Zitronenscheiben belegt hat. Nimmt man etwas Suppengemüse wie: Sellerie, Petersilie, Porré und Mohrrüben zum Kochen hinzu, so verschönt dieses die Sauce wie den Geschmack des Fisches sehr. Man isst gekochte Salzkartoffeln dazu.

Oben genannte wie auch sonst bekannt und beliebt geworden e Seefisch-Arten von täglich frischer Zufuhr empfiehlt die

Deutsche Dampffischerei-Gesellschaft „Nordsee“ Nordenham.

Grösste Hochseefischerei Deutschlands mit 28 eigenen Fischdampfern. Eigener Fischerei-Hafen. Eigene Fisch-Transport-Waggons mit Kühlvorrichtung. Eigene Räucher- und Marinir-Anstalt.

Action-Capital 3 Millionen Mark.

Haupt-Filiale: Berlin C. 22, Bahnhof „Börse“, Bogen 9/10.

Central-Fernsprecher Amt III, 8304.

Unsere weiteren Filialen befinden sich:

No. II. Charlottenburg, Wilmersdorfer-Strasse 10-11, am Wilhelmsplatz.

No. III. Berlin NW., Lüneburger-Strasse, Ecke Paulstr. Stadtbahnbogen 389 (Centralagerie).

No. IV. Im Schlesischen Bahnhof, Madaisstrasse No. 22.

No. V. Berlin N. (Wedding), Reinickendorfer-Strasse No. 1, Ecke Schulzendorfer-Strasse.

Marinirte und geräucherte **See-Fische** täglich frisch und billig.
Verkauf: Wochentags bis 9 Uhr abends. Sonntags von 7-10 Uhr morgens.

Seefisch-Kochbücher gratis!

Hochachtungsvoll
Jos. Skorezyk, Bevollmächtigter General-Vertreter für Berlin.

Grosse Weihnachts-Ausstellung
Alexandrinenhof Alexandrinenstr. 93,
an der Oranienstrasse.

Grossartige Weihnachtsgruppen, Weihnachtsmärchen, Schaustellungen u. A. **Neu!** Concert Afrikanischer Völkerrassen in Originalkostümen, **Neu!** Athleten, Jongleure, Akrobaten etc.

Täglich: Grosses Konzert einer Damen-Virtuosin-Kapelle in spanischer Nationaltracht. (Direction: Fr. Hartmann.)

Weihnachts-Ausstellung
An der Stadtbahn 43-44, zwischen Bahnhof „Börse“ und Alexanderplatz

Täglich:
bis Anfang Februar 1899: **Grosse Konzerte,**
Weihnachtsmänner, Chinesen, Türken und andere Kapellen.

Großartige Schaustellungen.
Zaunensivische Abnormitäten, Vorführung der größten Erfindungen der Neuzeit, Verkaufstände aller Branchen.

Volks- und Kinderbelustigungen jeder Art.

Breuer's Ball-Salon „Zur Königsbank“
Grosse Frankfurterstr. 117

empfehle meine Feste mit Theaterbühne und Garten zu Versammlungen und zu jeder Gelegenheitsfeier (bis 1000 Personen). Jeden Sonntag: **Grosser Ball.** Anfang 4 Uhr. (2978*)

Stralau. Wwe. Schonert. Stralau.

Restaurant „Neu-Seeland“
Empfehle meinen 1000 Personen fassenden Saal mit großer Theaterbühne zu Versammlungen und Festlichkeiten Vereinen unter den günstigsten Bedingungen. (3082*)

Kalähne's Festsäle,
Lützowstr. 41. 48322*

empfehle meine Säle zu allen Gelegenheiten und Versammlungen. Jeden Sonntag großer Ball.

Parteienoffen sind. febl. möbl. Schlafstelle m. sep. Eing. bei P. Schneider, Blumenstr. 48, III. (30826)

Mitterstr. 110, S. I., bei Burdard eine Schlafstelle für 2 Personen. (30815)

Anhand Raum kann möbl. mit einwohnen Dronenstr. 204, II rechts. (30788)

Grundirmeister,
der auch das Feilen der Eisen versteht. Nach. Anz. mit Angabe der Verhinderung unter X. 62022, Centr. - Anz. - Bur. William Wilkens, Hamburg.

Tüchtige Kreisraspeler
auf Baumrinne werden gesucht.
Stadthausstr. 1. G. (30765)

Blechdruck-Maschinenmeister
anlässlich der Vergrößerung unseres Brandenburger Betriebes zu sofortigem Eintritt unter günstigen Bedingungen gesucht. Meldungen Central-Bureau, Berlin, Friedrichstr. 122/123.
Metallwaarenfabrik Berlin.
Wohnung von Goldschmied-Fabrik, Nähe Hamburg, ein durchgehender tüchtiger (30765)

Literarische Rundschau.

Alkoholisimus.

Der Alkoholisimus. Grotjahn, Dr. Alfred: Der Alkoholisimus nach Wesen, Wirkung und Verbreitung. Leipzig, Georg S. Wigand's Verlag. 1898. (Bibliothek für Sozialwissenschaft, herausgegeben von Dr. Hans Kurella, Band XIII). — X und 412 S. — Preis 6 M.

Die Erörterungen über den Alkoholisimus gingen ursprünglich von den Moralisten aus, die im Laster die Ursache und in der Tugend das einzig wirksame Mittel zur Ausrottung des Übels sahen. Erst später traten auch die Ärzte der Frage näher; sie untersuchten den Einfluss des Alkoholenusses auf den Menschen und konnten dabei die mannigfaltigsten Veränderungen der Körperorgane nachweisen. Aber hierdurch wurde nur die Wirkung des Alkohols und damit das Wesen des Alkoholisimus aufgedeckt, während die Ursachen des Übels auf diesem Wege nicht festgestellt werden konnten; denn sie liegen zumeist im Bau und Leben des Gesellschaftskörpers und entspringen daher dem rein naturwissenschaftlichen Beobachtung des Einzelwesens. Erst in unserer Zeit wurde diese Lücke teilweise ausgefüllt, indem die Rationalisten über die Beziehungen des Alkoholisimus zum wirtschaftlichen Leben, zu den Arbeits-, Wohnungs- und Ernährungszuständen der einzelnen Bevölkerungsschichten Untersuchungen anstellten.

In der vorliegenden Arbeit hat sich nun Grotjahn das Ziel gesetzt, an der Hand des vorhandenen Beobachtungsmaterials die zunächst hygienische Darstellung vorzüglich zu einer sozialhygienischen zu erweitern. Er beginnt mit einer kurzen geschichtlichen Uebersicht über die Formen und die Ausbreitung, welche der Alkoholenuss unter den verschiedenen Völkern im Laufe der Zeiten angenommen hat. Dann wird die Wirkung des Alkohols eingehend besprochen. Der Alkohol erporiert dem menschlichen Körper in dem Verbrennungsprozesse, welchen der Stoffwechsel darstellt, andere Brennstoffe, die in Form von Nahrungsmitteln aufgenommen werden, und kann dadurch dem Fettanbau dienen. Schon kleine Gaben regen außerdem die Herzthätigkeit an und beeinflussen das Gefäßsystem, so das Gefühl angenehmer, wohliger Wärme hervorgerufen. Die geistige Thätigkeit wird im allgemeinen auch durch geringe Mengen schon erschwert. Dagegen besitzt der Alkohol auch in kleiner Gabe die Fähigkeit, eine gehobene behagliche Stimmung hervorzurufen, welche unabhängig ist von äußeren Einbrüden. Auf dieser Wirkung beruht zumeist die Werthschätzung und die allgemeine Verbreitung der alkoholischen Getränke. Große Alkoholmengen, die in einmaliger Gabe oder durch wiederholtes Trinken in kurzen Zwischenräumen eingebracht werden, führen zu dem Vergiftungszustand, den wir als Rausch bezeichnen. Die Stärke der Rauscherscheinungen ist dabei von verschiedenen Verhältnissen abhängig, u. a. von der Körperverfassung und der Gewöhnung, von der Menge des aufgenommenen Alkohols u. a. m. Nur selten hat die Giftwirkung unmittelbar den Tod zur Folge. Wohl aber schwebt der Rauschmittelbar in Lebensgefahr durch die Leichtigkeit, mit der er verunfallt werden kann. Die Lähmung der geistigen Thätigkeit, auf welcher diese Gefahr beruht, raubt dem Rauschtrinker auch das Urtheil über die Tragweite seiner Handlungen und die Herrschaft über seine Triebe; er wird somit unzurechnungsfähig.

Auch die Wirkung großer auf einmal genommener Alkoholmengen wird meist binnen verhältnismäßig kurzer Zeit vom menschlichen Körper überbunden. Bleibende Schädigungen ruft in der Regel nur der häufig wiederholte Genuß beträchtlicher Gaben hervor und zwar wirkt dabei namentlich die Regelmäßigkeit oder Häufigkeit des Genußes schädigend, während die Höhe der jedesmal eingebrachten Menge weniger von Bedeutung ist. (?) Verfasser schildert eingehend diese Schädigungen, denen so ziemlich alle Organe des Körpers ausgesetzt sind, und giebt damit für die ärztlichen Leser des Buches eine werthvolle Uebersicht; für die nicht-ärztlichen Kreise wird jedoch dieser Abschnitt zum großen Theil wegen der Häufigkeit — dem Laien unbelangend — sachverständig kaum verständlich sein. Es sei hier kurz erwähnt, daß namentlich das Herz und die Gefäße, die Verdauungsorgane, die Nieren und das Nervensystem unter dem Einflusse des Spirituosenmißbrauches schweren krankhaften Veränderungen ausgesetzt sind. Die letztgenannten Störungen des Nervensystems treten namentlich auf geistigen Gebiete hervor, indem zumeist die Verstandesthätigkeit schwächer wird, die Urtheilskraft abnimmt und schließlich direkt Geisteskrankheiten entstehen können. Mit den Veränderungen der einzelnen Körperorgane tritt gleichzeitig eine Herabsetzung der Widerstandsfähigkeit gegenüber anderen gesundheitsschädigenden Einflüssen und den durch sie hervorgerufenen Krankheiten auf, sodaß der Trinker in bezug auf Erkrankungshäufigkeit und Sterblichkeit gegenüber der anderen Bevölkerung in bedeutendem Nachtheil ist.

Aus der Wirkungsweise des Alkohols ergibt sich die Werthschätzung des Werthes, den die Spirituosen als Heil-, Nähr- und Genußmittel haben. Verfasser erkennt den Werth des Alkohols als Heilmittel, „in geeigneten Fällen zur rechten Zeit angewandt“, an, hebt jedoch die Gefahr hervor, daß bei chronischen — langdauernden — Krankheiten leicht eine Gewöhnung eintritt, von welcher der Kranke auch nach erfolgter Genesung nicht mehr zu lassen vermag. Sehr bedenklich erscheint es, Kindern zur Hebung der Ernährung den regelmäßigen Genuß alkoholischer Getränke zu verordnen; denn nicht allein können bei diesen schon geringe Gaben von Spirituosen die Wirkungen erzeugen, welche bei Erwachsenen nur durch große Mengen hervorgerufen werden, sondern es sind auch noch besondere, dem Kindesalter eigenthümliche Schädigungen beobachtet worden: Krämpfe, Epilepsie, Weisitzung u. s. w.

Als eigentlichen Nährmittel kann der Alkohol insofern in Betracht kommen, als er, wie erwähnt, im Körper verbrannt wird und daher andere Stoffe ersetzen kann, deren der Körper zur Erhaltung des Verbrennungsprozesses bedarf; es kommt diese Eigenschaft namentlich dort in Frage, wo sonst der Bedarf des Körpers an

respiratorischen*) Nährmitteln hauptsächlich durch Genuß von Kartoffeln gedeckt werden muß. Denn bei dem hohen Wassergehalt der Kartoffel ist die Aufnahme erheblicher Mengen notwendig, um den Bedarf an Brennstoffen zu decken; schon dadurch entsteht eine Erhöhung der Verdauung, und diese wird noch dadurch gesteigert, daß in den Volkstheilen, die auf Kartoffelnahrung angewiesen sind, auch auf die schmackhafte Zubereitung nicht die nötige Zeit und entsprechende Mittel verwendet werden können. So entsteht fast unabweislich das Bedürfnis, einmal die Kartoffelnahrung durch Hinzufügung eines Nahrungsmittels schmackhafter zu machen, und zweitens womöglich einen Theil des Brennstoffbedarfs ansatz durch Kartoffeln, auf anderem Wege zu decken. Nach beiden Richtungen entwirft der in Form des Schnapses genossene Alkohol diesem Bedürfnis. So sehr wir daher auch die Anwendung des Alkohols als Nährmittel beklagen mögen, so können wir sie doch angesichts des heutigen Standes der Volksernährung in unserem Vaterlande begreiflich finden. Er weist bei dieser Gelegenheit auf den Jüder hin, der vom hygienischen Standpunkte aus alle Forderungen erfüllt, die an ein respiratorisches Nährmittel gestellt werden können; er besitzt großen Nährwerth bei geringem Volumen, wird im Körper leicht und vollständig ausgenutzt und ist schmackhaft. Leider verhindert es gerade in Deutschland eine besorgniserregende Steuerpolitik, daß der Jüder ein Vollnahrungsmittel wird und zur Verdrängung des Alkohols als Nahrungsmittel beiträgt.

Als Genußmittel kommt der Alkohol insofern in Betracht, als er bei dem Trinker, wie oben erwähnt, ein Wohlbefinden hervorruft, welches unabhängig ist von dem, was in der Außenwelt vorgeht, ja häufig im ausgesprochenen Gegentheile dazu steht. Diese Eigenschaft theilt der Alkohol mit den anderen narcolischen (betäubenden) Mitteln, und so hat er mit diesen als Genußmittel in Wettbewerb zu treten. Er unterzieht darum die gebräuchlichsten narcolischen Mittel — Kaffee, Thee, Kakao, Tabak — einer vergleichenden Betrachtung, deren Ergebnis er dahin zusammenfaßt, daß diese Stoffe dem Alkohol aus seiner herrschenden Stellung nicht verdrängen können.

Es ist deshalb um so wichtiger, das Maß des zulässigen — d. h. ohne Gesundheitschädigung möglichen — Spirituosenverbrauchs festzustellen. Als dieses zulässige Maß sieht Gr. die tägliche, regelmäßige Aufnahme von 30 bis höchstens 45 Gramm absoluten Alkohols an, also etwa 10 bis 15 Liter in einem halben Liter leichtem Weine, oder in einem Liter Bier enthalten ist.

Der zweite Theil des Werks behandelt die Ursachen des Alkoholisimus und zwar werden zunächst die Beziehungen besprochen, welche zwischen geistiger Schwäche oder Krankheit und dem Spirituosenmißbrauch bestehen. Auch das Verhältnis zwischen Alkoholisimus, Verbrechen und Selbstmord wird dabei erörtert. Dann behandelt Gr. den Einfluss des Klimas und Rasse auf die Entwicklung des Alkoholisimus ausführen. Es bietet dies zugleich die Gelegenheit, das Opium, welches bei den ostasiatischen Völkern die Stelle des Alkohols einnimmt, in seiner Wirkung mit dem Alkohol zu vergleichen und zu zeigen, daß jedenfalls durch den Spirituosenmißbrauch das Bedürfnis nach stark wirkenden narcolischen Mitteln noch am zweedmäßigsten befriedigt wird. Für die Entwicklung des Alkoholisimus ist ferner auch die Art und Ausdehnung der Spirituosenherstellung von Bedeutung; denn jede Produktionsstätte bringt eine mehr oder minder große Zahl von Personen mit dem Alkohol in Verbindung. Es ist daher nicht gleichgültig, ob die Erzeugung im Kleinbetriebe mit einem verhältnismäßig großen Arbeiteraufwande geschieht, oder ob die Herstellung entsprechender Mengen in großindustriellen Betrieben eine bedeutend geringere Zahl von „Händen“ erfordert. Gr. giebt darum auch eine kurze Uebersicht über die Formen, unter denen sich die Produktion der gebräuchlichen Spirituosen, des Weins, des Biers und des Branntweins, vollzieht, er stellt dabei die bemerkenswerthe Thatsache fest, daß gerade in den Branntweinproduktions-Ländern die Verbreitung des Alkoholisimus bis zu einem gewissen Grade von der Zahl der Herstellungsstätten abhängig ist, daß daher vom hygienischen Standpunkte eine Begünstigung der Kleinbetriebe — z. B. durch die Steuererleichterung — keineswegs wünschenswert erscheint.

Die Formen, in denen sich die Geselligkeit eines Volkes abspielt und die Verhältnisse, die das öffentliche Leben beherrschen, haben ebenfalls Einfluß auf die Entstehung des Alkoholisimus. Verfasser weist in dieser Beziehung auf die Trinkfitten der Offiziere und Studenten hin und auf die Bedeutung, welche in Deutschland angehängt der bestehenden politischen Unfreiheit die Wirtschaftler für das öffentliche Leben haben. „Der Proletarier“, führt Skautsky aus, „der in England auf das Wirthshaus verzichtet, verzichtet bloß auf den Alkohol. Seine geselligen und politischen Bedürfnisse hat er anderwärts besser zu befriedigen Gelegenheit. In jedem öffentlichen Platz darf, wenn nicht der Verkehr dadurch gehindert wird, eine Versammlung ohne weiteres abgehalten werden.“ Anders bei uns. Wie es mit der Vereins- und Versammlungsfreiheit bei uns bestellt ist, brauchen wir

*) Respiratorische Nährmittel (von Respiration gleich Athmung, weil die Athmung den zur Verbrennung nötigen Sauerstoff zu, die bei der Verbrennung entstehende Kohlenensäure abführt) nennt man solche, deren Aufgabe es ist, im Stoffwechsel verbrannt (oxydirt) zu werden und so der Erzeugung von Wärme und Kraft zu dienen. Im Gegentheil zu diesen stehen die „plastischen“, (gleichbildenden) Nährmittel, die zum Aufbau bezw. Ersatz der Körperorgane notwendig sind. Respiratorische Nährmittel sind Getreide, Stärke — enthalten im Weizen, den Kartoffeln u. s. w. —, Zucker und, wie oben dargelegt, Alkohol. Plastische Nährmittel sind die Eiweißsubstanzen, die u. a. einen Hauptbestandtheil des Fleisches, der Eier, der Milch, aber auch der Hülsenfrüchte bilden; sie unterscheiden sich von den genannten „respiratorischen“ Nährmitteln hauptsächlich durch den Gehalt an Stickstoff, welcher ein notwendiger Bestandteil aller lebenden Substanz ist.

unseren Lesern nicht erst auseinanderzusetzen. Jeder weiß auch, wie leicht es ist, auch die dürftigen Rechte zu konfiszieren, die der deutsche Proletarier diesbezüglich besitzt. Das einzige Bollwerk der politischen Freiheit, das ihm so leicht nicht konfiszirt werden kann, ist — das Wirthshaus... Ohne Wirthshaus giebt es für den deutschen Proletarier nicht bloß kein geselliges, sondern auch kein politisches Leben.“

Aber wichtiger als alle bisher aufgezählten Punkte sind für die Entstehung und Verbreitung des Alkoholisimus die sozialen Verhältnisse. Um den Einfluß dieser beurtheilen zu können, ist es notwendig, zunächst festzustellen, welche Rolle denn überhaupt die alkoholischen Getränke im Haushalte des Arbeiters spielen, wie groß der Aufwand dafür ist und welche Arten bevorzugt werden. Verfasser stellt darum aus vorhandenen nationalökonomischen Arbeiten eine Reihe von „Arbeiter-Budgets“ zusammen, d. h. Aufzeichnungen darüber, in welcher Weise in einzelnen Haushaltungen das Einkommen auf die verschiedenen Lebensbedürfnisse vertheilt wurde. Aus der Zusammenstellung geht hervor, daß der Spirituosenaufwand mit der Höhe des Einkommens wächst, daß aber zugleich ein Uebergang vom Genuß des viel Alkohol enthaltenden Branntweins zum weniger Alkohol enthaltenden Bier stattfindet. Dieser Uebergang ist vom hygienischen Standpunkte mit Freuden zu begrüßen, da der Branntwein vermöge seines hohen Alkoholgehalts dem Organismus weit gefährlicher ist, als das Bier; auch werden Personen, die gewohnheitsmäßig Bier trinken, ungleich seltener trankstüchtig, als Branntweintrinker. Der Umstand, daß der Uebergang vom Branntwein zum Bier stets mit höherem Aufwand für geistige Getränke verbunden ist, kann darum das hygienische Urtheil nicht beeinflussen. Der Einfluß, den die Ernährung auf die Entwicklung des Alkoholisimus hat, ist oben schon gestreift worden. Infolge unzureichender Verdienste besteht für einen Theil des Proletariats eine direkte Unterernährung; die Menge der zugeführten Nahrungstoffe deckt den Bedarf des Körpers nicht. Hier wird der Branntweingenuß zum Bedürfnis, weil er das fehlende theilweise ersetzt, den Hunger beschwichtigt und das Sinken der Kräfte weniger sichtbar macht. Für einen anderen Theil des Proletariats ist die Ernährung deshalb mangelhaft, weil sie einseitig und wenig schmackhaft ist. Hier dienen die Spirituosen hauptsächlich als Würze, um die Nahrung genießbarer zu machen.

Neben der Ernährung kann dann vor allem auch die Beschäftigungsart von Einfluß auf die Entstehung des Spirituosenbedürfnisses und damit des Alkoholisimus sein. Der Alkohol besitzt die Eigenschaft, daß er in kleinen Gaben das Kraftgefühl erhöht, daß er die Ausdauer des ermüdeten Muskels steigert und das Ermüdungsgefühl hinhaltet. Diese Eigenschaft nutzt unbenutzt der Arbeiter aus, wenn er die Ermattung, welche durch zu schwere oder zu lang ausgeübte Arbeit hervorgerufen wird, durch kleine zwischen durch aufgenommene Alkoholmengen bekämpft; auch ungewöhnliche Temperaturverhältnisse — zu große Hitze oder Kälte — während der Arbeit und starke Standweidung erwecken das Bedürfnis nach Spirituosen.

Endlich freist den Proletarier zum Alkoholenuss auch die Unmöglichkeit, sich andere Lebensgenüsse zu verschaffen. Zeitmangel infolge überlanger Arbeitszeit, Geldmangel infolge unzureichender Entlohnung zwingen den Arbeiter, sich höhere Genüsse zu verkagen; selbst ein behagliches Familienleben wird vielfach durch die traurigen Wohnungsverhältnisse unmöglich gemacht. So bleibt schließlich nur ein Mittel, das über Noth und Sorgen des Lebens hinwegtäuscht: der Alkohol. Mit Recht verweist darum Gr. auf einen Ausspruch des Wiener Professors Gruber, welcher lautet: „Man wird sich der Wahrheit nicht verschließen können, daß der Alkohol mit ein Fundament (Grundlage) unserer heutigen Gesellschaftsordnung ist. Ohne ihn wäre sie für den leidenden Theil schon längst unrettbar geworden.“ In diesen Worten sieht der Verfasser zugleich einen Hinweis darauf, daß die Führer der deutschen Arbeiterbewegung dem Alkoholenuss der Arbeiter nicht gleichgültig gegenübersehen dürfen; denn nichts ist geeigneter, den Individualismus gegenüber den Klasseninteressen zu erhalten, wie die Möglichkeit, durch Genuß von Spirituosen den Jammer des Daseins weniger sichtbar zu machen.

Der Kampf gegen den Mißbrauch der alkoholischen Getränke bildet den Inhalt des dritten Theils. Nach einigen Bemerkungen über die Heilung der Trankstüchtigkeit giebt Gr. eine Geschichte der Nüchternheitsbewegung und hebt dabei namentlich die Gründe hervor, welche bewirken, daß dauernde Erfolge nicht erzielt wurden. Er erörtert zum Schluß die Frage, inwieweit die Gesetzgebung wirksam dem Alkoholisimus bekämpfen kann. Von strafrechtlichen Bestimmungen erwartet Gr. keinen wesentlichen Erfolg. Wohl aber kann eine vernünftige Steuererleichterung einiges leisten, indem sie die verhältnismäßig unschädlichen Spirituosen Bier und Wein freiläßt, dagegen den Branntwein mit einer hohen Abgabe belegt. Von den Maßnahmen zur Bekämpfung des Schnapsens verdient Beachtung das sogenannte Gothenborger System, welches darin besteht, daß einer gemeinnützigen Gesellschaft die alleinige Konzession zum Ausschank von Spirituosen ertheilt wird.

In einem Schlusssatz betont Gr. nochmals den Zusammenhang des Alkoholisimus mit der sozialen Frage. „Zu der Nährboden der sozialen Misere (Geld) dem Spirituosenmißbrauch entzogen, so wird auch die individuelle Erziehung durch das belehrende Wort eine größere Wirkung als bisher ausüben.“

Die vorstehende Inhaltsangabe kann selbstverständlich ein unzutreffendes Bild von dem Inhalte des Werks nicht geben. Der Werth des Buches beruht vor allem auf der sorgfältigen Sammlung der in der Literatur niedergelegten Einzelbeobachtungen und der vollständigen Verwertung dieses Materials zu vorläufigen Schlusfolgerungen. Trotz mancher Längen und Wiederholungen kann darum die Benutzung des Gr.'schen Buches allen denjenigen nur warm empfohlen werden, welche die Alkoholfrage eingehend zu studiren wünschen.

O. F.

Achtung! 1. Wahlkreis. Achtung! Sonntag, 25. Dezbr. (1. Weihnachtsfeiertag), im Zeen-Palast, Burg- u. Wolfgangstr. - Ecke Grosse Matinée 208/9. Auftreten des gesammten Künstler- Personals in seinen Glanznummern. Entree 30 Pf. Um zahlreiches Besuch bitten Die Vertrauenspersonen.

Verband der Möbelpolirer. Die Kollegen, welche noch für dieses Jahr mit ihren Beiträgen restituiren, werden ersucht, heute Abend von 6-8 Uhr in den Zahlstellen diesfalls zu begleichen. Die Urania-Vollers zum 2. Feiertag, nachmittags 1 Uhr, sind nur noch heute Abend bei Moh'n und Scheere später bei D. Schulz, Remelerstr. 60a, zu haben. Der Vorstand.

Empfehle meine drei Restaurants: Rubezahl, am Räggele, Teufelssee, Räggeleberg, Harlenlust, a. d. Talmu, zwischen Grünau und Friedrichshagen, bei Buspartien über die Räggeleberge. C. Streichhan, Besitzer des Kaiserhofs Köpenick. Nonnenberg's Restaur., Treptow, Parkstrasse. Großer Saal. — Großer Garten. Jeden Sonntag: Ball. 102779. Empfehle mein Lokal zu Festlichkeiten.

Zentralverband der Maurer. Das Bureau der Lohnkommission der Maurer wird am heutigen Tage abends 5 Uhr geschlossen. 157/1 Die Lohnkommission. I. A.: K. Panser.

Deutscher Holzarbeiter-Verband. Achtung! Einsetzer. Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Verbandslokal von der Köpenickerstr. nach der Mühlentstr. 106 bei Zubell verlegt ist. Die Kollegen werden gebeten, hiervon Kenntnis zu nehmen und für die nächste Versammlung zu assistiren. Beiträge und Kassabücher sind vom Sonntag an schon im neuen Lokal fass. 276/11 Die Kommission.

Rixdorf. Sozialdemokratischer Verein „Vorwärts“ zu Rixdorf. Montag, den 26. Dezember (2. Weihnachtsfeiertag), im Apollo-Theater, Hermannstr. 48-50: Grosses Weihnachts-Vergnügen. Vokal- u. Instrumental-Konzert, Theater u. Spezialitäten-Vorstellung, unter gütiger Mitwirkung des Gesangsvereins „Melodia“, des Weinhold'schen Sittersklub's „Traurige Saite“ und der Theater-Gesellschaft Strzelowicz. Nach der Vorstellung TANZ. — Anfang 5 Uhr. — Billet 25 Pf. 232/15 Der Vorstand.

J. Brünn,
 (Bahnhof Börse) Hackescher Markt 4
 In meinem **Weihnachts-Ausverkauf**
 gelangen große Lagerbestände meiner
Teppiche
Gardinen! Portiären!
Steppdecken! Tischdecken!
 zu sehr billigen Preisen zum
Ausverkauf!!

3 Jahre Garantie.
 Echt Schweizer Fabrikat.

Gold. Damen-Uhren
 von 16 M. an.



Gold. Ringe von 2 M. an
 Gold. Broches v. 6 M. an.

Ring mit echt Brillanten, 14 Kar.
 mass. Goldfassung Mk. 10,
 do. Ohringe von Mk. 30 an.



Broche, massiv Gold
 feine echte Opale Mk. 11,
 Armband dazu Mk. 20.



Ring in der Mitte Farb-
 stein etc. mit Perlen
 herum 5 Mk.

Versand nur gegen vorherige
 Einsendung des Betrages oder
 Nachnahme. — Bruchgold und Silber
 wird zum Kurspreis gekauft und in
 Zahlung genommen. — Kataloge gratis
 und franko.

Zur gefl. Beachtung! Um Verwechslungen zu vermeiden,
 bemerken wir, dass wir keine offenen Ladengeschäfte unterhalten,
 sondern der Detailverkauf zu festen Preisen nur im Hof part.
 stattfindet. Lagerbesuch höchst lohnend, kein Kaufzwang, jedes
 Stück wird bereitwillig gezeigt. Überzeugen Sie sich daher,
 bevor Sie Ihren Einkauf besorgen, von der Realität und Billigkeit,
 denn wir suchen nicht durch scheinbar billige Preise zu blenden,
 da in den meisten Fällen der Preis ohne Prüfung des Fabrikates
 keinen Maassstab für den Werth desselben abgeben kann.
 Pferdebahngeld wird, da wir die Unkosten für die Unterhaltung
 offener Ladengeschäfte ersparen, jedem Käufer vergütet. Jeder
 von uns hergestellte Gegenstand trägt unseren Fabrikstempel B. & C.
 und einen Kopf.

Wenn Sie gut und billig
Goldwaaren u. Uhren
 kaufen wollen, so besich-
 tigen Sie unsere permanent.
Muster-Ausstellung
 mit Original-Preisnotirung
 (jeder Gegenstand ist
 deutlich mit Zahlen
 ausgezeichnet) vor dem
 Hause der Gumpert'schen
 Konditorei

Königstrasse
No. 22-24.
 Kein Laden, daher
 keinen Aufschlag für
 Ladenmiete.

**Goldwaaren-
 Industrie**

Belmonte & Co.,
 Berlin C.,
Königstr. 22-24.
 Fabrikation
 moderner Schmuckgegenstände.
 mit elektrischem Kraftbetrieb.

Engros-Export nach allen Ländern.
 Einzelverkauf nur gegen Cassa zu festen
 Preisen. Hof part. Fabrik-Auftrag B.
 Abtheilung f. Versand-Export Aufgang C.

Einzelverkauf nur gegen Cassa zu festen
 Preisen. Hof part. Fabrik-Auftrag B.
 Abtheilung f. Versand-Export Aufgang C.

Einzelverkauf nur gegen Cassa zu festen
 Preisen. Hof part. Fabrik-Auftrag B.
 Abtheilung f. Versand-Export Aufgang C.

Einzelverkauf nur gegen Cassa zu festen
 Preisen. Hof part. Fabrik-Auftrag B.
 Abtheilung f. Versand-Export Aufgang C.

Möbel und **Polsterwaaren.** Reelle Arbeit.
 Ganze Einrichtungen zu billigen Preisen. 1630*
Franz Tutzauer, Braunerstrasse 152.

M. Schulmeister

Schneidermeister

Berlin **Dresdenerstr. 4.** Am Kottbusser Thor.

empfeht zu außerordentlich billigen Preisen nachstehende Spezialartikel:

- Hohenzollern-Mäntel** weiten Pelzerie in schwarz, grau, blau u. modelarben, von 25 an
- Winter-Paletots** in schwarz, blau, braun und modisch, 1 u. 2reihig, mit Vorne gefüttert, 16-40
- Winter-Joppen** wolferdichte Stoffe in allen modernen Farben, 5-15
- Jaquet-Anzüge** in geblegenen woll. Jwaierstoffen, Covercoats etc., 16-34
- Kord-Anzüge** in guten, wolleinen, schwarzen Raumgarn u. Satinstoffen, moderne Façons, 25-38
- Gehrod-Anzüge** von feinen Satin, Tuch u. Raumgarnstoffen, 2reihig, 30-45
- Schlafröcke** in großer Auswahl von 10 an
- Beinflleider** in dauerhaften, woll. Stoffen, verschiednen Farben, Raumgarn und Cheviot, von 5-10
- Knaben-Paletots u. Anzüge**, Feld, Façon in gr. Ausw. in Cheviot, Belton u. dauerhaften Wollstoffen, 1 u. 2reihig, von 5 an
- Arbeiter-Jacken** für sammtl. Gewerke zu den billigsten Preisen. Bestellungen nach Maass von englischen, französischen u. deutschen Stoffen werden in eigener Werkstatt unter meiner persönlichen Leitung gut u. billig angefertigt.

Bitte genau auf Hausnummer 4 zu achten.

Weihnachts-Geschenke
 aus der
sozialistischen Literatur,
 Klassiker, Jugendbüchlein u. f. w.
 zu außerordentlich billigen Preisen.

Hugo Warschawski,
 Buchhandlung und Antiquariat.
 Berlin C., Rosstr. 8.
 Versand nach allen Orien.

Jede Uhr
 reparirt und reinigt
 kostet bei mir unter
 Garantie d. Gutgehens
 nur 1 Mark 50 Pf.
 außer Bruch. Keine Reparaturen
 billiger. Größtes Lager neuer und
 gebrauchter Taschenuhren, Regu-
 latoren und Feder, alle Arten
 Ketten, sowie Brillen u. Pinocens.
Carl Lux, Uhrmacher,
 35 Chaussee-Strasse 35.

**Weihnachts-
 Geschenke!**
 Elegante Kravatten,
 Strumpfwaren,
Weisswaren,
Wäsche,
 Sweater für Knaben
 u. Herren.
Carl Braun,
 5 Kottbusser Damm 5.

Kiautschau
 nicht 2250*
 eingetroffen,
 laden
 Gr. Frankfurterstr. 130
 immer zu haben:
 Die besten
Plüschhüte v. 4,50 M. an.
 Die besten
Regenjacken v. 1,25 M. an.
Kravatten, Handtücher.
 Die schönsten modernen
Pelz-Baretts u. Kollies.
Kinder-Garnituren,
Netz-Blusen
 fabelhaft billig.
G. Gottmann.

Kaffee
 war noch nie so
 billig wie jetzt!
 Sie erhalten bei
 mir Kaffee, nach
 neuestem patentirt.
 Verfahren geröstet,
 zu 70, 80 und
 90 Pf. pro Pfund.
 Meine Mischungen zu 1,00, 1,20
 und 1,40 Mark finden in allen
 Haushaltungen Anklang, was der
 stets wachsende Konsum beweist.

E. L. Hertzsch,
 Rixdorf,
 Bergstrasse 10.
 500
 Hohestr. 5, 8, 10 M.
 Gelegenheitskauf, so
 lange d. Vorrath reicht,
 spottbillig.
 Schönes Weihnachtsgeschenk.
 Schneider Engel, Rixdorf, 26, part.

Pelz-Waaren
 nur eigenes Fabrikat,
Hüte, Schirme
Otto Gerholdt, Dresdenstr. 9,
 Ecke Stallstr. 2.

Martin Klein, Uhrmacher,
 Neue Hochstr. 25 (Ede Gerichtsstr.)
 Silberne Herren-Remontoir-Uhr v. 11 M. an.
 Goldene Damen-Remontoir-Uhr v. 18 M. an.
 Unter 3jähriger schriftlicher Garantie.
 Goldwaaren zu sehr billigen Preisen.

Möbel auf Theilzahl. **Oranienstr. 131.**
 Konstante Zahl. **H. & M. Lewent.** Beamten
 ohne Anzahlung.

Neujahrs-Zigarrenspitzen
 in großer Auswahl, neue
 Muster, Duzd. von 40 Pf.
 an. Auch sozialistische mit Porträts
 von Vassalle, Marx und anderen
 empfohlen.
B. Günzel, Potbringerstr. 52.

Billiger Verkauf bis Jahresschluss,
 soweit der Vorrath reicht.
**Billiger als in Konkursmassen-, Brand- und in
 sonstigen Schwindel-Ausverkäufen.**

Hohenzollern-Mäntel mit weitfaltiger
 Glocken-Pelerine
 in schwarz, blau,
 grau, mit warmem
 Futter **18 Mk.**

Schlafröcke in verschiedenen
 Farben, mit schönem
 Besatz **8 Mk. 50.**

Loden-Joppen, 2reihig mit breitem
 Brustüberschlag,
 — warm gefüttert — **6 Mk.**

Winter-Paletots für Herren, zu bedeutend herabgesetzten
 Preisen und zu **8 Mk. 50.**

Winter-Hosen für Herren, dicke Velours, in praktischen
 Streifen **3 Mk. 50.**

Schwarze Anzüge für Herren, in Cheviot, auch in blau **12 Mk.**

Knaben-Mäntel und Anzüge
 zu sehr billigen Preisen, theilweise unter Einkauf.

Baer Sohn
 24a. Chausseestrasse 24a. 11. Brückenstrasse 11.
 16. Gr. Frankfurterstrasse 16.

Das
**Teppich-
 Engros-Haus**

Hermann Bursch
Königstr. 50 — I. Etage —
 kein Laden
 (gegenüber dem Rathhause)
 verkauft bis **Weihnachten**
 auch einzelne Teppiche,
 Tischdecken, Gardinen, Portiären,
 Steppdecken etc.
 zu aussergewöhnlich billigen
Engros-Preisen.

41,9*
 Heute geöffnet bis 10 Uhr.

Kein Laden!
 Empfehle mein reichhaltiges
 Lager in
Felz- und Seidenhüten,
Schirmen
 in den neuesten Façons und
 Farben, äußerst billige Preise.
Richard Klose, Aufhäuserstr. 41,
 zweites Haus von der Braunerstrasse. Eingang vom Gaudium.
 Bitte genau auf die Hausnummer zu achten.

D. Wurzel & Co., 17. Wrangelstrasse 17.
 Wäschefabrik und Strumpfstrickerei,
Arbeiter-Berufskleidung, Normalhemden,
 Hosen und Jacken, (1902)*
 Damen-, Herren- und Kinderwäsche.
D. Wurzel & Co., 17. Wrangelstrasse 17.

Herren- u. Konfirmandenhüte, alle Farben,
 nur neue moderne Sachen, 1 Mark.
 Prima Qualität 1,50 und 2.—
 Die beliebtesten **Arbeitshüte** immer
 noch **65 Pf.**
Gutfabrik-Komptoir Barnimstr. 4 u. 5.